

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 M.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 80 Pfg. Vorauszahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gespaltene Petition kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 52.

Sonntag, den 26. Dezember.

1909.

## Durch Nacht zum Licht.

Wir feiern doch die Weihnachtszeit,  
Weil wir des hohen Glaubens voll,  
Dass nach des Winters Dunkelheit  
Ein lichter Frühling kommen soll,  
Ein Frühling voller Glanz und Schein  
Und voller Blumen ohne Zahl,  
Ein Frühling ohne Frost und Pein  
Und ohne Not und Erdenqual.

H. Seidel.

### Weihnachten!

Glänzende Kindesträume von strahlendem Lichterglanz und bunten, reichen Gaben schlingen sich um das Fest, das mit seinem anschaulichen Glanz, seiner augenfälligen und doch stillen Schönheit dem leicht empfänglichen, leicht befriedigten Gemüte des Kindes als die Erfüllung aller Wünsche, als der Gipfel alles Glücks erscheint. Und wie ein goldener Traum aus ferner Kinderzeit knüpft sich an Weihnachten das Evangelium von des Menschen Sohne, der geboren ward, durch sein Leiden die Schuld aller Menschen zu sühnen.

Schuld der Menschen — wie hatten sie sie auf sich geladen? Not und Elend lag auf der Erde, hoffnungslos lebten die Armen dahin, nichts vor sich als den Tod, keine Aussicht auf eine Aenderung ihrer Lage. Warum das alles, weshalb diese Leiden? Auf diese Fragen vom Elend zermürbter Menschen gab es nur eine Antwort, eine Antwort, wie sie die unerfahrene Denkweise des Kindes auch so oft bildet: wo ein Uebel ist, muß der Bestoffene auch eine Schuld auf sich geladen haben. Aber was nützte diese zerknirschte Erkenntnis den hoffnungslos Dahinlebenden? Konnte sie ihre Not lindern?

Immer wieder rang der Geist des Menschen darum, wie er diese vermeintliche Schuld sühnen könnte — vergebens, alles, was er tat, blieb fruchtlos. Endlich glaubte er Erlösung zu finden von allen Qualen, von aller Sorge: mit freudigem Staunen vernahm er die Kunde von dem Gottessohne, der gekommen sei, um als Mensch zu leben und zu leiden, und durch dieses Opfer die Menschheit zu entsündigen. Gläubig lauschten die Scharen der Elenden diesem Evangelium der Liebe, das versprach, alle Not zu nehmen von denen, die glaubten an den Gott, der sich selbst hingab in seinem Sohne, um das Los der Menschheit glücklich zu gestalten. Und sie harrten und harrten, Geschlechter vergingen, Not und Elend aber wichen nicht. Wohl wurde Erlösung allen Gläubigen verheißen, aber nicht in dieser Welt, sondern in jenem „Leben“ nach dem Tode, dessen Glück und Seligkeit Ersatz und Lohn bieten soll für die Entbehrungen während des irdischen Lebens.

Die Gnade, das Erbarmen eines Mächtigen, der dem Schuldigen verzeiht, das ist's, was in den Kirchen gepredigt wird — als Auslegung der Erzählung von dem Gottessohne, der in Not und Dürftigkeit geboren wurde. Diese Gnade ist es, auf die man die Müheligen und Beladenen vertritt. Allein man kann dieses Evangelium von der Liebe Gottes zu den Menschen auch anders auslegen, und diese Auffassung zeigt den Weg, den die Menschheit zu gehen hat, wenn die Glücksträume, die sie um das Weihnachtsfest webt, zu glänzender, froher Wirklichkeit werden sollen.

Daß der Gott das Leiden eines Menschenlebens auf sich nimmt, um die Menschen von ihrer Schuld zu befreien — was liegt darin anderes als die Selbstbestimmung, und die trotzig Empörung der vom Elend geplagten Menschheit? Heißt es nicht dem Gotte zuzurufen, von dem dieses Elend als Strafe zu kommen scheint: Nimm diese Qual einmal nur selbst auf dich, prüfe die Schwere des Geschehenen, das du uns auferlegst, an dir selbst, und du wirst sehen, wie seine Last so drückend ist, daß alle Schuld vor ihm vergeht, daß du Gnade gewähren mußt! Und in dieser Erkenntnis, daß die Erlösung aus der Not nicht als eine Gnade, ein Akt des Mitleids und Erbarmens aus freiem Willen gegeben wird, sondern gewährt werden muß und daher gefordert werden kann, in dieser Erkenntnis liegt die Kraft, welche dem Weihnachtsfest eine ganz neue Bedeutung, seiner Lehre neues Leben gibt.

Nicht in demütigem Glauben auf eine Gnade hoffen, nicht mit der zagenden Freude eines Schuldigen die Kunde von dem Erlaß einer Strafe hinnehmen — nicht das ist es, was uns Weihnachten bei dieser Betrachtung lehrt; ein Recht zu fordern, und im Vertrauen auf dieses

Recht und seine Durchsetzung auch in trüber Zeit den Mut nicht zu verlieren, sondern frohen Mutes in die Zukunft zu schauen, das soll es uns predigen.

Gerade für den Arbeiter gilt das. Wohl liegt das Fest in einer Zeit, wo die Ungunst der Natur vielen die Arbeit und das Brot raubt, und wo der Unterschied zwischen seiner Lage und der des Wohlhabenden dem Armen drückender als je zu Bewußtsein kommt. Aber nicht in der Fülle und dem Glanz der Gaben, die am Weihnachtsfeste geschenkt werden, liegt sein Wert, sondern in der symbolischen Bedeutung, die wir ihm verleihen durch das, was wir an ethischen, an sittlichen Werten mit ihm verbinden. Deren köstlichster aber ist der Glaube, daß jeder das Recht hat, Erlösung aus seiner Not und seinem Elend zu fordern, und die feste Zuversicht, daß dieses Recht erzwungen werden kann und wird, wenn jeder im Vertrauen darauf unermüdet dafür kämpft und denen, die diese Lehre noch nicht vernommen, ihre Kunde bringt. In diesem Glauben, dieser Hoffnung kann ein jeder Weihnachten feiern, sei er auch noch so arm. Dann bleibt es ihm nicht eine leere Form, die nur den Kummer und die Sorge verschärft, dann drückt es ihn nicht noch tiefer herab durch das schneidende Bewußtsein seines Elendes, sondern dann wird es ihm ein Ansporn und ein Ausblick in eine Zeit ohne Not und ohne Erdenqual, wo Friede sein wird auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen, dann bedeutet es für ihn, wie das alte Winter-sonnenwendfest: Durch Nacht zum Licht! fg.

## Konferenz der Vertreter der organisierten Tabakarbeiter beim Reichsschatzsekretär.

In einer Konferenz der Vorstände der in Deutschland bestehenden vier Tabakarbeiterverbände am Dienstag, den 14. Dezember in Frankfurt a. M. wurde zu den vom Bundesrat beschlossenen definitiven Ausführungsbestimmungen bezüglich Entschädigung der infolge der Tabaksteuer arbeitslos gewordenen und geschädigten Tabakarbeiter Stellung genommen. Allseitig wurde anerkannt, daß bei Schaffung der endgültigen Ausführungsbestimmungen die von den Vertretern der organisierten Tabakarbeiter vorgetragenen Beschwerden und Wünsche in den wesentlichen Punkten Berücksichtigung gefunden hätten. In den neuen Ausführungsbestimmungen befanden sich jedoch noch einzelne Unklarheiten, über die sowohl bei den Arbeitern, als auch bei den zuständigen Behörden keine einheitliche Auffassung bestehe, weshalb beschlossen wurde, je einen Vertreter dieser Vorstände nach Berlin zu entsenden, um mit dem Herrn Reichsschatzsekretär Rücksprache zu nehmen. Der Herr Reichsschatzsekretär gewährte den genannten Vertretern am Donnerstag, den 16. Dezember, bereitwilligst die nachgesuchte Audienz.

Die Arbeitervertreter brachten zunächst die Frage der Unterstützung der Zigarettenarbeiter zur Sprache und vertraten den Standpunkt, daß auch diese als Tabakarbeiter auf Grund des Artikels 2a des neuen Tabaksteuergesetzes zu einer Unterstützung berechtigt seien. Das Tabaksteuergesetz sei ein einheitliches Ganzes; zwar sei die Zigarettenindustrie vom Wertzoll verschont geblieben, habe dafür aber höhere Bänderolesteuern erhalten. Nach ihren Informationen hätten die Antragsteller im Reichstag nicht daran gedacht, die Zigarettenarbeiter von der Unterstützung auszuschließen.

Der Herr Reichsschatzsekretär erwiderte, er glaube, daß vom streng juristischen Standpunkte aus der Artikel 2a sich nur auf die ersten beiden Artikel des Tabaksteuergesetzes beziehe. Die Erhöhung der Bänderolesteuern für Zigaretten sei erst in dem Artikel 3a festgelegt und könne der Artikel 2a darauf nicht angewendet werden. Ein endgültiger Beschluß des Bundesrats liege zu dieser Frage nicht vor; ihm erscheine es auch bedenklich, von den 4 Millionen für die Zigarettenarbeiter einen Teil zu verwenden, da dadurch die übrigen Tabakarbeiter benachteiligt würden. Ein Bedürfnis bezüglich der Unterstützung von Zigarettenarbeitern scheine ihm zurzeit nicht vorzuliegen, da die eingehenden Beträge der Zigarettensteuer in den letzten Monaten erheblich gestiegen seien.

Die Arbeitervertreter erklärten, daß nach ihrer Kenntnis und erhaltenen Informationen nach Neu-jahr eine größere Arbeitslosigkeit zu befürchten sei. Der Herr Reichsschatzsekretär erbat sich Material über eine etwa eintretende Arbeitslosigkeit größeren Umfanges in der genannten Branche und versprach dann erneut in eine Prüfung der Frage eintreten zu wollen.

Bezüglich des Verhaltens der Behörden zu Streiks und Aussperrungen verwies der Herr Reichsschatzsekretär zunächst auf die von ihm zu den Ausführungsbestimmungen gegebenen Erläuterungen. In diesen heißt es:

„Streiks und Aussperrungen würden nicht grundsätzlich als eine die Unterstützungsberechtigung ausschließende Unterbrechung der Arbeit angesehen. Sie würden in jedem Falle als solche nicht angesehen, wenn sie nicht mehr als 50 Tage gedauert hätten; sie könnten aber auch mehr Tage gedauert haben, ohne daß der Nachweis der unverschuldeten Arbeitslosigkeit erfordert werde, da durch die Vorschrift im § 3b der Ausführungsbestimmungen durch die Worte „in der Regel nicht mehr als 50 Tage“ den Behörden für die Beurteilung des Falles ein weiterer Spielraum gegeben sei. Was die Zuweisung von Streikarbeit an arbeitslose Tabakarbeiter anbelange, so sei im § 4 Absatz 2 der Bestimmungen ein Benehmen mit den Gewerkschaftsaufsichtsbeamten, geeignetenfalls unter Zuziehung von Vertrauensmännern aus der Arbeiterschaft vorgezogen.“

Der Herr Reichsschatzsekretär fügte hinzu, daß er bereit sei, in einem allgemeinen Rundschreiben darauf hinzuwirken, daß dieser fakultativen Bestimmung ein mehr obligatorischer Charakter gegeben wird, und ersuchte die Organisationsvertreter um Zustellung von gedruckten Listen ihrer Vertrauensmänner, die er dann den Zollämtern übermitteln lassen werde.

Nachdem sodann noch einige Fragen nicht allgemeiner Art erörtert worden waren, wurde schließlich die grundsätzliche Frage besprochen, ob den Bestimmungen nicht nur in bezug auf die jetzt im Schlußsatz des § 1 der Ausführungsbestimmungen ausdrücklich als unterstützungsberechtigt anerkannten Arbeiter, sondern auch bezüglich der jetzt eingeführten Berechnungsmethode rückwirkende Kraft zu geben sei.

Die Arbeitervertreter machten geltend, daß durch die bisherige Berechnungsmethode, nach welcher den in der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909 zeitweilig erwerbsunfähig gewesenenen Personen auch die Zeit ihrer Erwerbsunfähigkeit bei der Durchschnittsberechnung ihres Wochenverdienstes mit angerechnet worden wäre, viele schwächliche Arbeiter enorm geschädigt worden seien. Die Leute hätten zum Teil so minimale Unterstützungen erhalten, daß sie ohne Aufnahme von Darlehen oder auch fremder Beihilfe gar nicht hätten weiter existieren können.

Der Herr Reichsschatzsekretär erklärte, daß es selbstverständlich sei, daß in Fällen, wo durch die bisherige Berechnungsart besondere Härten zutage getreten seien, bei Einreichung von Gesuchen um Nachbewilligung von Unterstützungen diese berücksichtigt werden müßten, doch können im allgemeinen Umrechnungen der bisher gewährten Unterstützungssätze nicht erfolgen.

Die neue Berechnungsmethode werde allgemein von Anfang Dezember an Platz greifen.

Der Herr Reichsschatzsekretär ersuchte zum Schluß die Vertreter der Arbeiterverbände, bei ihren Kollegen darauf hinzuwirken, daß entsprechend den von ihm gegebenen Erläuterungen bei Zurückweisung von Beschwerden durch die Zolldirektion dieselben sich zunächst an die vorgesetzte Landesbehörde wenden möchten, bei Beschwerden allgemeiner Art sei er gern bereit, Vertreter der Arbeiter auch in Zukunft zu hören.

## Die Erläuterungen des Staatssekretärs,

die derselbe dem Bericht der Budgetkommission des Reichstags über den Nachtragsetz (Ziffer 8) beigefügt hat, lauten:

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts gibt zunächst eine kurze geschichtliche Entwicklung, wie die vorläufigen Ausführungsbestimmungen über die Unterstützung geschädigter Tabakarbeiter und wie dann auf Grund der Erfahrungen und nach Anhören von Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber die endgültigen Ausführungsbestimmungen vom 26. November d. J. zustande gekommen sind. Alle Aenderungen und Ergänzungen der neuen Bestimmungen gegenüber den vorläufigen Bestimmungen seien im Interesse und zugunsten der Tabakarbeiter getroffen worden. Der Staatssekretär führt im einzelnen diese Aenderungen und Ergänzungen auf und geht dann näher auf die vom Herrn Abgeordneten Gröber im Plenum des Reichstags vorgebrachten Beschwerden und Wünsche hinsichtlich der Durchführung der Ausführungsbestimmungen ein. Die meisten dieser Beschwerden und Wünsche dürften durch die neuen Bestimmungen erledigt sein.

Die Klagen über die verzögerliche Behandlung wären manchmal berechtigt, manchmal dagegen wäre eine Verzögerung nicht zu umgehen gewesen, da in einzelnen Bezirken, z. B. in Westfalen, an einem Tage oft Hunderte von Gesuchen bei einer Behörde einliefen, die zunächst alle daraufhin geprüft werden müßten, ob auch die Voraussetzungen für eine Unterstützung vorlägen. Auf diese Prüfung könne nicht verzichtet werden. Er habe es sich schon bisher angelegen sein lassen und er werde auch späterhin auf tunlichste Beschleunigung in der Erledigung der Gesuche bei den Bundesregierungen hinwirken. Er möchte empfehlen, bei allen Beschwerden über verzögerliche Behandlung der Gesuche, auch bei sonstigen Beschwerden, sich zunächst an die vorgesetzte Landesbehörde zu wenden und erst den Instanzenweg zu erschöpfen, bevor die

Beschwerden ans Reichsschatzamt gegeben würden. Der preussische Herr Finanzminister habe noch vor einigen Tagen eine Verfügung wegen raschster Erledigung der Gesuche an die Unterbehörden erlassen. Selbstverständlich sei das Reichsschatzamt stets bereit, bei Beschwerden a l l g e m e i n e r Art sofort einzugreifen und auf eine gleichmäßige Durchführung der Bestimmungen hinzuwirken.

Streiks und Aussperrungen würden nicht grundsätzlich als eine die Unterstützungsberechtigung ausschließende Unterbrechung der Arbeit angesehen. Sie würden in jedem Falle als solche nicht angesehen, wenn sie nicht mehr als 50 Tage gedauert hätten. Sie könnten aber auch mehr Tage gedauert haben, ohne daß der Nachweis der unverhuldeten Arbeitslosigkeit erforderlich werde, da durch die Vorschrift im § 3b der Ausführungsbestimmungen durch die Worte „i n d e r R e g e l nicht mehr als 50 Tage“ den Behörden für die Beurteilung des Falles ein weiter Spielraum gegeben sei. Was die Zuweisung von Streitarbeit an arbeitslose Tabakarbeiter anlangt, so sei im § 4 Absatz 2 der Bestimmungen ein Benehmen mit dem Gewerbeaufsichtsbeamten, geeignetenfalls unter Zuziehung von Vertrauensmännern aus der Arbeitererschaft, vorgesehen. Die gleiche Vorschrift gelte für den Fall, wenn Tabakarbeiter andere Arbeit zugewiesen werde, die sie körperlich nicht leisten können. Daß Arbeitervertreter gehört werden könnten, sei auch weiter noch in den §§ 6 und 10 vorgeschrieben. Er sei gern bereit, bei den Bundesregierungen darauf hinzuwirken, daß von dieser Befugnis in weitestem Umfange Gebrauch gemacht würde.

Ruhte die Arbeit wegen Inventuraufnahme, die durch das Tabaksteuergesetz verlangt sei (für die Nachversteuerung), auf einige Tage eingestellt werden, so sei beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen die Möglichkeit einer billigen Unterstützung nicht ausgeschlossen.

Der Staatssekretär geht zum Schluß näher auf die Gesamtlage der Tabakindustrie ein und verweist dabei auf Grund der Mitteilungen der Bundesregierungen und der Berichte der Reichsbevollmächtigten ausgearbeitete Denkschrift, die er der Budgetkommission bekannt geben werde.

## Rundschau.

**Folgen der Tabaksteuer.** Die Firma Steinmeister u. Wellensiefel in Westkilver hat am Sonnabend, den 11. d. Mts. ihre sämtlichen Arbeiter der hiesigen Filiale (ca. 80) bis vorläufig zum Januar 1910 entlassen.

Die Firma Karl Julius Klein-Hamburg hat ihre Fabrik in Ahle bei Bünde (Westfalen) wegen der neuen Tabaksteuer gänzlich geschlossen. 43 Arbeiter sind dadurch brotlos geworden. — In ihrer Fabrik in Jensestedt läßt die Firma K i e u. S o b e r g-Minden vom 15. Dezember an sämtliche Arbeiter vorläufig 3 Wochen feiern. — In Hagen (Westfalen) ist den Arbeitern der Firma Steneberg-Barntrup die Staatsunterstützung auf Grund einer Denunziation, daß sie nicht infolge der Tabaksteuer entlassen seien, entzogen worden. Trotzdem die Firma Steneberg sofort doch diese Tatsache bestätigte, sind die Arbeiter schon fünf Wochen ohne Unterstützung. — Die Firma C. L i e b e in Dahme (Mark) kündigte 2 Arbeitern wegen Arbeitsmangel. Die Firma E. C l i e läßt ihre ca. 100 Arbeiter vom 23. Dezember bis 10. Januar feiern. — In Driesen verloren 16 Arbeiter in 2 Fabriken durch Aussetzen 800 Arbeitsstunden. 6 Arbeiter müssen bis auf weiteres täglich 1 Stunde weniger arbeiten.

**Koalitionsrecht der Staatsarbeiter.** Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags hat einen Antrag über die Sicherung des Koalitionsrechts der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterausschüsse eingebracht. Der erste Teil des Antrags ersucht die Regierung: 1. Aus den Dienst- und Verhaltensvorschriften für die in den Betrieben des sächsischen Staates beschäftigten Arbeiter und Beamten alle Bestimmungen, die das Arbeitsverhältnis abhängig machen von der politischen Gesinnung der Bediensteten, zu entfernen; ferner die Einrichtung der Personalbogen aufzuheben. 2. Die Ausübung des Koalitionsrechts wie aller übrigen Staatsbürgerrechte den in Staatsbetrieben beschäftigten Personen nicht zu erschweren, oder unmöglich zu machen.

Im letzten Teil des Antrags wird eine Abänderung der Vorschriften über die Arbeiterausschüsse zum Zwecke der Erweiterung ihrer Befugnisse, der Sicherung der Mitglieder vor Maßregelung und der ordnungsmäßigen Funktion der Ausschüsse verlangt.

**Die Tabakarbeiterunterstützung im badischen Landtag.** Die zweite badische Kammer verhandelte am Montagabend über den sozialdemokratischen Antrag, die Regierung zu ersuchen, sie möge sofort im Bundesrat zu beantragen, daß die zur Unterstützung der durch das Tabaksteuergesetz geschädigten Arbeiter zu überweisenden Mittel erhöht werden und daß die Vorschriften in einer Weise geändert werden, die den bei Feststellung und Auszahlung der Unterstützungen zutage tretenden Mifftänden abhilft. Nach Verständigung mit den Antragstellern hat die Budgetkommission von dem zweiten Teil des Antrages abgesehen in Rücksicht auf neuere Bestimmungen und den ersten Teil in der Abänderung empfohlen, daß die Regierung, falls sich die Mittel als unzureichend erweisen, rechtzeitig eine Erhöhung derselben betreiben solle. Regierung und Kammer haben sich damit einverstanden erklärt. In der zweistündigen Debatte, an der sich die sozialdemokratische Fraktion mit fünf Rednern beteiligte, wurden die schrecklichen Folgen des Tabaksteuergesetzes für Baden eingehend beleuchtet. Von sozialdemokratischer Seite wurde dabei noch darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz gerade vom badischen Finanzminister v. Honell empfohlen worden ist. Ministerialdirektor Moser verurteilte es gleich dem sozialdemokratischen Redner, daß unterstützungsbedürftigen Tabakarbeitern zugemutet worden ist, sich als Streikbrecher gebrauchen zu lassen oder auf die Unterstützung aus dem Gesetz zu verzichten.

**Und abermals die Tabakarbeiterunterstützung.** Wie es den durch das Tabaksteuergesetz geschädigten Tabakarbeitern ergeht und wie gewissenhaft und beschleunigt ihre Unterstützungsgehalte geprüft werden, wollen wir in Nachstehendem der Öffentlichkeit unterbreiten. Am 18. September reichten drei in Klein-Werther bei Nordhausen wohnende Tabakarbeiter ihre Unterstützungsgehalte ein. Als sie nach Verlauf von acht Wochen noch keine Nachricht erhielten, ob sie Unterstützung bekommen würden oder nicht, wandten sie sich an das hiesige Hauptzollamt und

ersuchten um Auskunft. Sie erhielten die Antwort, daß das Landratsamt die Gesuche noch nicht überwiesen hätte. Auf eine Anfrage beim Landratsamt wurde ihnen mitgeteilt, daß die Verzögerung auf die örtlichen Polizeiorgane zurückzuführen sei. Als nach Verlauf von weiteren zwei Wochen sie noch immer keine Nachrichten erhielten, reichten sie am 26. November bei der Oberzolldirektion in Magdeburg Beschwerde ein, auf deren Beantwortung sie noch heute warten. Blödsinn erhielt am 11. d. Mts. einer von ihnen die Nachricht, er solle umgehend seine Unterstützung holen, während die andern am 13. d. Mts. ein Schriftstück zugestellt erhielten, in welchem ihnen mitgeteilt wurde, daß ihrem Antrage nicht entsprochen werden könne. Und zwar, weil sie nachweislich verabsäumt hätten, sich um die Erlangung einer für sie geeigneten Arbeit, die sich in ihrem Wohnorte in der Landwirtschaft bot, zu bewerben.

Landwirtschaftliche Arbeiten, wie Rübenroden und die Bedienung der Dampfdreschmaschine — denn nur um solche kann es sich handeln — sind geeignete und entsprechende Arbeiten für Zigarrenmacher! Das ist nicht über diese Weisheit lachen. Jedermann versteht wohl unter geeigneter Arbeit eine solche, die nach Recht und Billigkeit der früheren gleichkommt. Vor allem in der Aufwendung der Arbeitskraft, die zur Verrichtung der Arbeit notwendig ist. Daß ein Zigarrenmacher, der seit seiner Schulentlassung am Kollbrett gefessen, nicht über solche Körperkräfte verfügt, um derartige Arbeiten verrichten zu können, wird jedem einleuchten, der nur ein wenig über die Verschiedenartigkeit dieser beiden Arbeiten nachdenkt.

Noch wie steht es mit dem „nachweislichen Verabsäumen“, sich um Arbeit in der Landwirtschaft zu bemühen? In dem Schreiben des Hauptzollamtes sind unter andern auch die Herren Westpfahl und der Gemeindevorsteher von Klein-Werther angeführt, die geeignete Arbeit für die Tabakarbeiter gehabt hätten. Inwieweit diese Angaben der Wahrheit entsprechen, wollen wir nachweisen. Obwohl die beiden Kollegen wußten, daß sie derartige Arbeiten nicht verrichten konnten, fragten sie trotzdem bei dem Gemeindevorsteher um Arbeit an und erhielten von diesem die Antwort, daß er keine Arbeiter mehr gebrauchen könne, weil er kaum Arbeit genug für seine Leute hätte. Weiter gingen sie zu den Gutsbesitzern Nebelung und Westpfahl, die sie aber nicht zu Hause antrafen. Hierauf ging einer zu dem Hofmeister des Herrn Westpfahl und fragte um Arbeit nach; worauf er die Antwort erhielt, daß er zu derartigen Arbeiten nicht zu gebrauchen sei. Betonen wollen wir gleich noch, daß sich die beiden Tabakarbeiter auch noch anderweitig um Arbeit bemühten. Wie trotz dieser Tatsachen das Hauptzollamt mit einer derartigen Begründung die Unterstützungsanträge ablehnen konnte, ist unbegreiflich. Unbegreiflicher ist aber noch, wie das Hauptzollamt von den mit der Nachprüfung betrauten Behörden in einer derartigen Weise unterrichtet werden konnte. Hier zeigt es sich wieder einmal, was alles möglich ist, wenn der Staat seinen Verpflichtungen den Arbeitern gegenüber nachkommen soll, die durch nichtswürdige Gesetzesmacherei arbeits- und existenzlos gemacht worden sind.

**Die Unterstützung der Tabakarbeiter.** Die vom Bundesrat erlassenen neuen Ausführungsbestimmungen betreffend die Unterstützung der arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter, sind jetzt den Oberzolldirektionen zugestellt worden, mit einem Begleitschreiben des preussischen Finanzministers, in dem es heißt:

„Die beteiligten Ausschüsse des Bundesrats waren darüber einig, daß der Bestimmung über die Gewährung von Unterstützungen an Arbeiter, die in einem der Verarbeitung oder Verarbeitung von Tabak gewidmeten Betriebe mit Zigarrenmachen, Ristenkleben oder ähnlichen mit der Tabakverarbeitung oder der versandfähigen Herstellung der Tabakerzeugnisse unmittelbar zusammenhängenden, für den Betrieb erforderlichen Hilfsarbeiten beschäftigt gewesen sind, rückwirkende Kraft gegeben werde. In den Ausschüssen des Bundesrats herrschte auch noch Einverständnis über folgende Punkte: Aus der Reihenfolge der Artikel des Gesetzes ergibt sich, daß Arbeiter, die in Zigarettenfabriken beschäftigt gewesen sind, nicht zu den im Tabakgewerbe beschäftigten Personen im Sinne des Gesetzes gehören, also nicht unterstützungsberechtigt sind. Die Bestimmung, daß bei der Befreiung der Mindestzahl von 300 Arbeitstagen die Zeit nicht zu berücksichtigen ist, in der die Arbeit aus den angegebenen Gründen geruht hat, ist dahin zu verstehen, daß in solchen Fällen erforderlichenfalls auf die Zeit vor dem 1. August 1908 zurückgegriffen werden kann, um die Zahl von 300 Arbeitstagen herauszubringen. Derjenige, der wegen Krankheit arbeitsunfähig ist, kann für die Zeit der Krankheit keine Unterstützung erhalten. Wenn ein Arbeiter auf Wunsch des Arbeitgebers aus der Arbeit geschieden ist, obgleich er nach der zwischen ihm und dem Arbeitgeber bestehenden Abrede erst nach Ablauf einer bestimmten Kündigungsfrist hätte abzugehen brauchen, kann dem Arbeiter für die Zeit bis zum Ablauf der Kündigungsfrist keine Unterstützung gewährt werden.“

**Der auf die Knie gezwungene Erzberger.** In der Reichstagsitzung am 14. Dezember machte sich der Vielredner Erzberger die von Zentrumsseite systematisch kolportierte Lüge, die Sozialdemokraten hätten gegen den Viermillionenfonds zur Unterstützung der Tabakarbeiter gestimmt, zu eigen. Als ihm nun aber nachgewiesen wurde, daß wir — nachdem unser weitergehender Antrag auf Entschädigung abgelehnt war — in der 2. Lesung für den Giesbertschen Antrag auf Unterstützung eingetreten, dann aber gegen die Verschlechterung, das heißt gegen die Beschränkung der Unterstützung auf vier Millionen gestimmt hätten, war Herr Erzberger in arge Verlegenheit gebracht. Auf die Zurufe unserer Genossen, daß das Zentrum seinen eigenen Antrag verschlechtert und dadurch den Tabakarbeitern viele Millionen gemauert habe, entschloß sich Herr Erzberger das wertvolle Geständnis:

„Es handelte sich nicht darum, ob der Antrag in der dritten Lesung eine Verschlechterung für die Arbeiter bedeutet, sondern um eine Uebereinstimmung mit dem Bundesrat, um überhaupt etwas für die Tabakarbeiter zu erreichen. Sonst wäre das Tabaksteuergesetz vom Bundesrat abgelehnt worden. Meine Partei aber wollte das Tabaksteuergesetz zustande bringen und da-

mit die ganze Finanzreform, und deshalb war sie notwendig, von dem Beschluß in zweiter Lesung zurückzutreten, um das große nationale Werk der Finanzreform zustande zu bringen.“

Das ist ein wertvolles Eingeständnis, auch wenn es der reibselige Erzberger sehr wider Willen, als er in die Enge getrieben war, gemacht hat.

Bei der Erbschaftsteuer las man's anders! Damals holte das Zentrum seinen letzten Mann heran und brachte die Steuer zu Fall, obgleich der leitende Staatsmann sich für sie öffentlich einsetzte. Bei der Tabaksteuer ist aber zudem gar nicht bekannt geworden, daß die Regierung ihre Zustimmung von der Beschränkung der Unterstützung auf 4 Millionen abhängig gemacht hat! Aber wenn das auch hinter den Kulissen geschehen wäre, so hat das kein vernünftiger Mensch geglaubt; auch Herr Erzberger nicht! Das Zentrum ist auf den Wunsch der damaligen Rumpfbundregierung — denn Bülow war tatsächlich schon ausgeschaltet — einfach deshalb eingegangen, weil es sich als künftige Regierungspartei angenehm machen wollte! Das im Volksverrat so sehr geübte Zentrum glaubte hier um so eher eine andere Stellung einnehmen zu können als bei der Erbschaftsteuer, als es sich hier nur um Arbeiter und großenteils sogar nur um Arbeiterinnen, die kein Wahlrecht haben, handelte, während bei der Erbschaftsteuer die Interessen der Grafen Praskma, Oppersdorff, Arenberg usw., also der Großgrundbesitzer, die einen entscheidenden Einfluß in der Zentrumsparlei haben, geschont werden mußten! Wo die Interessen der Arbeiter und Agrarier in einem Gegensatz stehen, hat das agrarische Zentrum noch immer, ohne zu schwanken — siehe die Verteuerung der Lebensmittel — gegen die Arbeiter Stellung genommen.

## Berichte.

**Braunschweig.** Um nun die jammervolle Lage der Tabakarbeiter etwas zu mildern, beabsichtigen die Braunschweiger Tabakarbeiter in eine Tarifbewegung einzutreten. Aufgabe der organisierten Arbeitererschaft wird es dann sein, nur da Zigaretten zu kaufen, wo mit der Organisation Tarifverträge abgeschlossen sind und die von der Organisation herausgegebenen Plakate auszuhängen. Arbeiter, Parteigenossen, die ihr Waren raucht, die zu Hungerlöhnen, oder gar im Zuchtstause hergestellt sind, bedenkt, daß es ein Verzweigungskampf ist, den wir führen, und der nur mit Energie zum Austrag gebracht werden kann. Im Kampfe gegen die Bestrebungen der Unternehmer, unsere traurige Lage noch mehr zu verschlechtern, könnt ihr uns helfen; als Konsumenten könnt ihr uns helfen. Der größte Herrenmensch wird nachgeben, wenn er Kunden verliert. So tut denn eure Pflicht, achtet darauf, daß unsere Plakate da hängen, wo ihr Zigaretten kauft. Beeinflusst Wirte und Händler, wo ihr euer Geld hinbringt, daß sie nur da Waren kaufen, wo die Plakate der Tabakarbeiterorganisation zu haben sind.

**Dahme (Mark).** Im Restaurant Kaisergarten fand eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Beschlußfassung über einen Unterhaltungsabend; 2. Verschiedenes. Ueber Punkt 1 entpauß sich eine lebhaft Debatte. Es wurde beschlossen, eine Theateraufführung zu veranstalten und ein Eintrittsgeld von 20 Pfg. zu erheben. Zur Aufführung gelangt: Schulbid! Als Komitee wurden die Kollegen Karl Quies, Wilh. George, Paul Wilknitz und Otto Schre gewählt. Unter Punkt 2 wurden verschiedene Angelegenheiten der einzelnen Fabrikarbeitsmängel gekündigt. Alle diese Vorfälle sollten doch die Kollegen mahnen, immer fester zur Organisation zu stehen; denjenigen aber, die noch immer fernsehen, rufen wir zu: Hinein in den deutschen Tabakarbeiterverband; in ihm wurzelt eure Kraft!

**Jauer.** Am 15. Dezember fand in Jauer eine Mitgliederversammlung statt, die leider sehr schwach besucht war. Kollegen und Kolleginnen, in Jauer sieht es noch trübe aus. Darum, Kollegen, fordern wir euch auf, in den Deutschen Tabakarbeiterverband zu treten und zahlreich die Versammlungen zu besuchen, damit wir auch in Jauer bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen können. Es wurde der Antrag gestellt, daß ein Arbeitsnachweisbureau gewählt werden soll; dem Antrage stimmte die Versammlung bei. In Vorschlag als Vorsitzender wurde Kollege Stormal gebracht und einstimmig gewählt.

**Kirchlengern.** In der am 12. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde eingehend über Tarifvertrag und Minimallohne am hiesigen Orte gesprochen. Nur durch den schlechten Besuch der Versammlung konnte kein ergiebiges Resultat erzielt werden. Es wurde daher seitens der Versammlung beschlossen, auf den einzelnen Fabriken dahin zu wirken, daß in der nächsten Versammlung diese Sache ihre Erledigung finden kann. Den Kollegen sei aber auch hierdurch noch besonders ans Herz gelegt, sich nun wirklich mit allem Ernst mit dieser Sache zu befassen, denn es kommt nicht nur auf die schönen Versprechungen an, sondern es heißt Hand ans Werk legen. Dann werden auch wir am hiesigen Orte soweit kommen, daß wir an die Fabrikanten mit unsern Forderungen herantreten können. Sodann wurde Stellung zu der am 19. Dezember stattfindenden Konferenz in Mennighüffen genommen. Da sich diese Konferenz mit der Errichtung eines Gewerbegerichts für den Herzogtum Randkreis und der Regelung der Lohnzahlungsperioden beschäftigte, wurde dieselbe für zweckmäßig erachtet. Da auch gerade im hiesigen Bezirk soviel Tabakarbeiter Interesse an einem Gewerbegericht sowie an einer Regelung der Lohnzahlungsperioden haben, wurde beschlossen, vier Delegierte zu dieser Konferenz zu entsenden. Ferner gab der Vorsitzende Niehaus bekannt, daß die Verhandlungen des Gausleiters Schlichter mit dem Fabrikanten Steffen betreffs der Kündigung des Kollegen Niehaus zur Befriedigung der Arbeiter ausgefallen sind, da die Kündigung zurückgenommen ist. Das ist ein Zeichen, daß durch den Verband auch in schlechten Zeiten etwas zu erreichen ist, wenn nur die Arbeiterschaft auf dem Posten ist. Dies kann aber nur geschehen, wenn sie sich Mann für Mann dem Deutschen Tabakarbeiterverband anschließen. Sodann wurde bekannt gegeben, daß der Werkmeister Otto Basse glaubt, seine Arbeiter bei dieser schlechten Lage behandeln zu können, wie es ihm beliebt. So prügelte er einen Widelmacher (ein ertornloses Kind), indem er diesem, welcher zu 1000 Mark ein Pfund Grus zu verarbeiten hat, vorwarf, nicht in jedem Winkel die bestimmte Quantität hineingetan zu haben. Das ist ein Verlangen, welches jeder vernünftige Mensch als undurchführbar betrachten muß, wenn ein Arbeiter sein tägliches Brot damit verdienen soll. Gegen solche Behandlung muß ganz energisch protestiert werden. Das muß wiederum ein Ansporn für die hiesige Arbeiterschaft sein, sich aufzuraffen, sich zu organisieren und zu agitieren, damit wir auch den letzten Mann dem Verbande zuführen. Dann können wir geschlossen solchen Gewaltmaßnahmen entgegenreten. Denn solange sich die Arbeiterschaft nicht einig ist, werden derartige Fälle auch nicht ausbleiben. Also auf zum Kampf für das allgemeine Wohl der Arbeiterschaft.

**Langenbielau.** Auch hierorts beginnen sich die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, die durch die Segnungen der „Steuerreform“ ganz besonders begünstigt wurden, zu regen und das Beispiel anderer Orte nachzuahmen. Dieser Tage fand im Lokale des Herrn Tils eine gut besuchte Versammlung statt, in

der Gauleiter Clement-Breslau über die mißliche wirtschaftliche Lage der hiesigen Tabakarbeiter und Arbeiterinnen referierte. Referent führte aus: Sorgen und Not müßte die Tabakarbeiter-  
schaft selbst bei fleißiger Tätigkeit und regelmäßiger Beschäftigung durchkosten. Wie aber steige die Not aufs höchste, wenn arbeitslose Zeit komme, wie dies jetzt durch die Annahme der  
Tabaksteuer zu verzeichnen sei? Ferner seien durch die andern  
neuen Steuern uns auch jetzt noch die notwendigsten Lebens-  
mittel wieder verteuert worden, so daß bei den niedrigen Löhnen  
unmöglich sei, auszukommen. Verdienten doch die Tabakarbeiter  
2-3 Mark pro Woche weniger als wie die Textilarbeiter. In  
Zukunft werden sich die Tabakarbeiter noch mehr wie bisher ein-  
schränken müssen, wenn sie nicht versuchen, durch besseren Ver-  
dienst einen Ausgleich herbeizuführen. Der einzelne sei aber  
hierzu ohnmächtig, wenn er auch noch so empört über die schlim-  
men Zustände sei, aber gemeinsam in den Deutschen Tabak-  
arbeiterverband zusammengeschlossen, könnten auch die Tabak-  
arbeiter und Arbeiterinnen viel erreichen, wie ja auch in andern  
Orten gute Erfolge erzielt worden seien. Weder die Christlichen  
noch die Hirsch-Dunderfischen, wie die katholischen Fachabteilungen  
haben für die Tabakarbeiter in Schlesien die geringsten Erfolge  
zu verzeichnen. Redner führte weiter aus, daß sich die Tabak-  
arbeiter und Arbeiterinnen nicht dadurch sollen zurückhalten  
lassen, daß jeder einzelne als Mitglied einen geringen Beitrag  
leisten müßte. Diese kleinen Opfer, die jeder bringen müßte,  
werden hundertfach den Mitgliedern wieder zurückgegeben und  
durch die sonstigen Vorteile aufgewogen, die die Organisation  
ihren Mitgliedern bietet. In der Debatte wurde mitgeteilt, daß  
Herr Albrecht Raschke eine neue Fabrik gebaut habe und in den  
verschiedenen Zeitungen Zigarrenmacher und Wickelmacher  
suche. Gauleiter Clement teilte darauf mit, wenn Herr Albrecht  
Raschke gleichfalls keine besseren Löhne wie sein Bruder ein-  
führen wolle, es wohl schwer halten würde, Tabakarbeiter nach  
Langenbielau zu bekommen, da es unmöglich sei, bei diesen  
Löhnen in Langenbielau bestehen zu können. Im übrigen, wenn  
Herr Raschke Arbeitskräfte bedürfe, brauche er sich nur an den  
Arbeitsnachweis nach Breslau zu wenden. Selbstverständlich  
sei dann notwendig, daß Löhne bezahlt würden, wie sie in den  
bereits veröffentlichten Landes-Minimallöhnen vorgegeben seien  
und nicht solche, die pro Mille um 3 Mark niedriger stehen. Zum  
Schluß wurden 11 Neuaufnahmen gemacht und versprochen sämt-  
liche Anwesende, dahin zu streben, daß auch der letzte Tabak-  
arbeiter der Organisation beigeführt werde.

Leisnig. Am 11. Dezember tagte eine von männlichen Mit-  
gliedern gut besuchte Versammlung im Restaurant Neue Sorge  
mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal;  
2. Kartellbericht; 3. örtliche Angelegenheiten. Nachdem die von  
den Kontrollleuten für richtig befundene Abrechnung verlesen  
war, gaben Kotte und Knöschke Bericht aus den letzten Kartell-  
situationen. Scheder äußerte, von seiten des Gewerkschaftsartikels  
müsse mehr für Arbeiterbildung getan werden und empfahl den  
Delegierten, dafür einzutreten. Zum letzten Punkt gab Koppa  
Bericht über den Stand der von hiesigen Tabakarbeitern und  
Arbeiterinnen eingereichten Unterstützungsgefuche nach Artikel  
II a des Gesetzes wegen Aenderung des Tabaksteuergesetzes vom  
15. Juli 1909. Auf eine vor 8 Wochen beim Kgl. Sächsl. Staats-  
ministerium des Innern eingereichte Beschwerde haben wir bis  
heute noch keine Entscheidung erhalten. Außerdem hat die Kreis-  
hauptmannschaft zu Leipzig, bei welcher Rekurs gegen fünf von  
der Amtshauptmannschaft Döbeln abgelehnte Gesuche eingereicht  
wurde, ebenfalls ablehnend entschieden. Auch gegen diesen ab-  
lehrenden Beschluß wird Beschwerde beim Ministerium geführt  
werden. Außerdem warten noch zwei Gesuchstellerinnen  
17 lange Wochen auf Erledigung ihrer Gesuche. Man sieht also,  
wie segensreich die Unterstützungen aus dem berühmten Bier-  
millionenfonds fließen. Haben die Regierung und die bürger-  
lichen Parteien durch ihre wahnsinnige Steuerpolitik die Tabak-  
arbeiter in Not und Elend gestürzt, so sollten sie wenigstens so  
human sein, bei den in Frage kommenden Behörden dahin zu  
wirken, daß die Ansprüche und Gesuche etwas schneller und  
zugunsten der im größten Elend lebenden Tabakarbeiter erledigt  
werden. Es macht doch wirklich kein Vergnügen, alle Instanzen  
durchzulaufen, um am Ende noch nichts zu erhalten, zumal wir  
in Leisnig bei der Firma J. C. Egorius seit Mitte Oktober bei  
einer 50prozentigen Betriebsbeschränkung arbeiten.

Pfungstadt. Am 4. Dezember tagte eine Mitgliederver-  
sammlung bei „Oberhaus“. Zum Punkt Kartellbericht refe-  
rierte Kollege Ludwig Köpinger darüber, wie sich das Kartell  
verhalte zur Wahl zu den unteren Verwaltungsbehörden des  
Reichsversicherungsamtes und zur Arbeitslosenabteilung am  
Orte. Als Kandidaten zur Wahl der Gewerkeoberbevollmächtigten  
werden die Kollegen Chr. Naab und Peter Wenz nominiert.  
Als 3. Punkt war vorgesehen: Besprechung über Gewerkschaften  
und Konsumgenossenschaften. Kollege Chr. Stod führte dazu  
aus: Die verschiedensten Berufe und Stände haben schon von  
ältester Zeit her Genossenschaften gebildet, um ihre Lage zu  
verbessern. So habe man Vereinigungen verschiedener Hand-  
werkmeister zu gemeinschaftlicher Arbeit oder zur Anschaffung  
von Maschinen zur gemeinschaftlichen Benutzung, Darlehens-  
und Kreditkassen, Einkaufsgenossenschaften; die Landwirte haben  
Aufspeichergenossenschaften, um höheren Gewinn für ihre Pro-  
dukte zu erzielen. Dann haben wir noch die Konsum-, Bau-  
und Produktgenossenschaften. Die Konsumgenossenschaften  
müssen noch viel weiter ausgebaut werden, es muß in den Ge-  
werkschaften dafür agitiert werden, speziell in unserm Verband.  
Ein jeder Kollege solle sich einem Konsumverein anschließen, um  
auch gleichzeitg damit wirken zu können, daß keine Zigarren  
dort geführt werden, welche zu Schand- und Hungerlöhnen  
hergestellt werden. Die Konsumvereine sollen nur Waren be-  
ziehen aus den Geschäften, welche einen Lohnzins anerkannt  
haben. Deshalb sollen die Gewerkschaften die Konsumgenossen-  
schaften unterstützen, um dadurch ein neues Feld zu erringen.  
Die Diskussion schloß sich diesen Ausführungen in allen Punt-  
ten an.

Es ist unabweisbare Pflicht eines jeden Mitgliedes, in jeder  
Versammlung zu erscheinen. Als Entschuldigend gilt nur  
Krankheit oder andere wichtige Vorkommnisse.

**Quittung.**

Für ein Kongressprotokoll v. Kollegen Butry, Berlin	— 65 Mk.
Aufgenommenes Darlehen	200. — "
Zinsen für bei der Deutschen Bank deponiert ge- wesene Gelder	75.25 "
Vom früheren 12. Agitationsbezirk zurückgezahlter Zuschuß	100. — "
Barbestand laut Abrechnung in Nr. 33 des Tabak- arbeiter vom 19. August 1906	554.86 "
	930.76 Mk.
Bereits quittiert	614.02 "
	7074.78 Mk.
Nach seiner Abrechnung vom 19. August hat Kollege Sperber in Nr. 36 des Tabakarbeiter vom 9. September 1906 noch quittiert	104.29 "
Nach seiner Abrechnung vom 19. August hat Kollege Sperber in Nr. 4 des Tabakarbeiter vom 27. Januar 1907 noch quittiert	88.85 "
In der vorjährigen Steuerkampagne von dem Unter- zeichneten quittiert (siehe Nr. 37 des Tabak- arbeiter vom 13. September 1908)	2229.08 "
	Summa 9492.90 Mk.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.  
J. A.: Ludwig Walter, Kassierer, Berlin N. 37,  
Weissenburger Straße 75.

**Abrechnung**

der Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

<b>Einnahme.</b>	
Barbestand laut Abrechnung in Nr. 33 des Tabak- arbeiter vom 19. August 1906	554.86 Mk.
Aus dem 1. Agitationsbezirk gingen ein	471.51 "
" " 2. " " " " " "	316.27 "
" " 3. " " " " " "	111.80 "
" " 4. " " " " " "	— "
" " 5. " " " " " "	126.05 "
" " 6. " " " " " "	100. — "
" " 7. " " " " " "	66.85 "
" " 8. " " " " " "	19.30 "
" " 9. " " " " " "	62.76 "
" " 10. " " " " " "	300.30 "
" " 11. " " " " " "	984.28 "
" " 12. " " " " " "	493.74 "
" " 13. " " " " " "	3051.93 "
Vom Verband der Zigarrensortierer	500. — "
Von der Firma Hengsfoß & Mad, Altona-Ottensen	100. — "
Vom Personal der Firma Hengsfoß & Mad, Altona-Ottensen	18. — "
Von N. N., Berlin	500. — "
Von einer Tabakinteressentenvereinigung, Berlin	300. — "
Vom Deutschen Zigarrenhändlerbund	200. — "
Zinsen für bei der Deutschen Bank deponiert ge- wesene Gelder	75.25 "
Aufgenommenes Darlehen	200. — "
Vom früheren 12. Agitationsbezirk zurückgezahlter Zuschuß	100. — "
	9492.90 Mk.

<b>Ausgabe.</b>	
Für Druckfachen (Flugblätter, Kongressprotok. usw.)	2898.25 Mk.
" Agitation (Referate, Jahrgelder, Arbeitsent- schädigung usw.)	1940.35 "
Zuschuß an einige Agitationsbezirke	569. — "
Für literarische Arbeiten	1115.75 "
" Zeitungsabonnements	361.99 "
" Zeitungsinserate	199. — "
Zuschuß an auswärtige Kongressdelegierte	186. — "
Für Daten an die Berliner Kongressdelegierten	90. — "
" stenographische Aufnahme der Kongressver- handlungen	375. — "
" sonstige Kongresskosten	306. — "
" Porti (Versendung der Protestbogen, kritischen Mitteilungen usw.), Depeschen und Schreib- materialien	848.55 "
Zurückgezahltes Darlehen	200. — "
Für Verwaltung	258.07 "
In Händen des Kassierers	144.94 "
	9492.90 Mk.

Ludwig Walter, Kassierer  
Berlin N. 37, Weissenburger Straße 75.

Revidiert und für richtig befunden:  
Berlin, den 10. Dezember 1909.

Die Revisoren: Rob. Krumnow, Wilh. Menz,  
Paul Ratajczak, Wilhelm Spielvogel,  
Marie Stinde, S. Rosenthal,  
Wilh. Voerner, C. Butry.  
Diesem oben angeführten Barbestand von 144.94 Mk. stehen  
noch unbezahlte Rechnungen in Höhe von 699.65 Mk. gegenüber,  
so daß wir in Wirklichkeit mit einem Defizit von 554.71 Mk. zu  
rechnen haben. Da wir aus verschiedenen Abrechnungen im  
Tabakarbeiter ersehen haben, daß an manchen Stellen noch zu  
diesem Zweck gesammelte Gelder vorhanden sind, so ersuchen  
wir um schnelle Einzahlung derselben.  
Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

**Uereinstell.**

Deutscher Cabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II.  
(Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. — Telephon Nr. 6048.  
Büreauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.  
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau  
des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulen-  
straße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.  
Geld-, Einschreib- und Verzeichnungsarbeiten nur an W. Nieder-  
Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus),  
Zimmer 6.  
Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Gilten,  
Altona-Ottensen, Scheel-Niekenstraße 1, I., zu adressieren.

**Bekanntmachungen.**

An die Bevollmächtigten!  
In seiner am 13. Dezember 1909 abgehaltenen Sitzung be-  
schloß der unterzeichnete Vorstand, allen freireisenden, ausge-  
sperrten, gemahregelten und arbeitslosen (am Orte verbleibende  
und wandernde Mitglieder) Mitgliedern des Verbandes, sofern  
sie am Tage vor Weihnachten noch arbeitslos sind und bis zu  
diesem Tage mindestens eine ununterbrochene Arbeitslosigkeit  
von einer Woche durchgemacht haben, eine einmalige Unter-  
stützung aus der Verbandskasse zu zahlen. Diese einmalige  
Unterstützung beträgt 5 Mk. für verheiratete männliche Mit-  
glieder und 3 Mk. für ledige männliche und weibliche Mitglieder.  
Die Unterstützungssummen sind als Ausgabe in der Ab-  
rechnung für das IV. Quartal 1909 unter „besondere“ Ausgaben  
mit Befügung der Quittungen zu verrechnen.  
Wir erwarten von den Bevollmächtigten eine prompte Er-  
ledigung dieses Beschlusses.

**An die Bevollmächtigten!**

Die Gesamtabrechnung für das III. Quartal 1909 hat er-  
geben, daß in den Kassen der Zahlstellen-Verwaltungen über  
das übliche Maß hinaus Kassenbestände sich angesammelt haben.  
Die beobachtete Verwaltungspraxis liegt nicht im Interesse des  
Verbandes, wie mehrfach hervorgehoben. Soweit sich übersehen  
läßt, hätten von dem Barbestande in den Zahlstellen von  
87088.47 Mk. mindestens 30000 Mk. abgezogen und vom Vor-  
stande einstragend angelegt werden können.  
Um dieser nicht fördernden Praxis ein Ende zu bereiten,  
ersuchen wir daher recht dringend darum, unverzüglich alle  
überflüssigen Verbandsgehälter dem unterzeichneten Vorstande ein-  
senden zu wollen, und zwar sofort oder doch noch vor Schluß des  
laufenden Jahres.  
Die 1. Bevollmächtigten und Kontrolleure der Zahlstellen  
sowie die Gauleiter werden dringend ersucht, dahin zu wirken,  
daß dieser Aufforderung resp. anempfohlenen Geschäftspraxis  
entsprechend gehandelt wird.  
Bremen. Der Vorstand.  
J. A.: K. Reichmann.

Mitgliedsbuch wurde als verloren gemeldet:  
Von Hedwig Wiche, Buch S. I, Nr. 54088, aufgen. am  
1. 9. 06 in Ohlau.

Ohne Abmeldung sind abgereift:  
Die Zigarrenmacher Richard Fleischer aus Burzen, aufgen.  
am 30. 10. 09 in Spremberg; Karl Schwarze aus Bielefeld und  
Karl Spendler aus Oldenburg. Dieselben müssen je 1 Mk.  
Strafe zahlen.  
Bremen. Der Vorstand.

**Vom Vorstand sind ernannt:**

Für Schwiebus: Otto Fischbach als 1. Bev., Max Reizner  
als 2. Bev., Gustav Dentsche als 3. Bev.; D. Raschke, H. Leber  
D. Böhm als Kontrolleure.

Vom 14. bis 20. Dezember 1909 sind folgende Gelder bei  
mir eingegangen:

<b>A. Verbandsbeiträge:</b>			
18. Dezember.	M	16. Dezember.	M
Münden i. S.	100. —	Ruploh	100. —
18. Borich	200. —	17. Wandsbeck	300. —
18. Altona a. E.	800. —	17. Bredstedt	200. —
18. Ostfries	80. —	17. Creuzburg	110. —
14. Dessau	100. —	17. Herrhausen	50. —
15. Rehme i. W.	200. —	17. Rottbus	80. —
16. Waagen	100. —	18. Wolgast	70. —
16. Ganderstheim	140. —	19. Hohenheim	300. —
16. Essen a. N., S. Wille	1.35		

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen  
Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach  
Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung ge-  
bracht.

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei  
dem Unterzeichneten anbringen.

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Be-  
merkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige  
Beiträge sind.

Bremen, den 20. Dezember 1909.  
W. Nieder-Welland, Kassierer,  
Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

**Mitglieder-Versammlungen.**

(Mitglieder, besucht eure Versammlungen zahlreich!)

In Ahim: Sonntag, den 2. Januar 1910, nachmittags  
5 Uhr, bei C. Röhe. Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung.  
2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Wie stellen wir uns zu der  
Kündigung des Mitgliedes Rehmeier bei der Firma Müller  
u. Wolgen? 4. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Bilschwerda: Sonntag, den 2. Januar 1910, nach-  
mittags 3 Uhr, im Kronprinz. Tagesordnung: 1. Abrechnung  
vom 4. Quartal. 2. Neuwahl der Verwaltung. 3. Kartell-  
bericht. 4. Verschiedenes. — Die auswärtigen Mitglieder werden  
erlaubt, ihre Kasse bis dahin zu begleichen. — Zahlreiches Er-  
scheinen erwartet. J. A.: Die Ortsverwaltung.

**Arbeitsnachweise.**

- Die Bureaus befinden sich:
- Für den 1. Gau:  
Altona-Ottensen: F. Penke, Schulstraße 9, I.
  - Für den 2. Gau:  
Bremen: Im Bureau des Vorstandes, Faulenstraße 58/60, II.
  - Für den 3. Gau:  
Braunschweig: Kuhstraße 5, part.  
Sprechstunde: Wochentags von 10 bis 12 Uhr vormittags und  
5 bis 6 Uhr nachmittags. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachmittags.  
Auch erhalten Zugereichte dort Arbeitslosenunterstützung.
  - Für den 4. Gau:  
Nordhausen: Verbandsbureau, Volkstraße 14.
  - Für den 5. Gau:  
Bielefeld: Alb. Schulz, Turnerstraße 45, Arbeitersekretariat.
  - Für den 6. Gau:  
Aln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 10, II.
  - Für den 7. Gau:  
Gießen: Wilh. Rasing, Eicher Straße 19, Hinterhaus.  
Umfassend den Bezirk Oberhessen und Kreis Weglar.
  - Pfungstadt: Christian Stod, Zieglerstraße 41.  
Umfassend den Bezirk Rheinhessen und Provinz Starkenburg.
  - Hannau: Konrad Gräbener, Nordstraße 56.  
Umfassend die Kreise Hannau, Somburg, Marburg, Kirch-  
hain, Fulda, Hünfeld, Weinhäusen, Schlüchtern, Hersfeld  
(Provinz Hessen-Nassau) und Regierungsbezirk Unterfranken  
und Aschaffenburg (Königreich Bayern).
  - Für den 8. Gau:  
Heidelberg: Johs. Krohn, Bergheimer Straße 80.
  - Für den 9. Gau:  
Stuttgart-Ostheim: Ad. Heising, Florianstraße 8, I.
  - Für den 10. Gau:  
Erfurt: Reinhold Vlanenburg, Romthurgasse 6, Strhs.  
Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und  
7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachmittags.
  - Für den 11. Gau:  
Dresden-N.: Franz Schmidt, Ribbenbergstr. 2, II, Zimmer 23.
  - Für den 12. Gau:  
Breslau: Alfr. Rebling, Friedrich-Wilhelm-Straße 76, S. I.
  - Für den 13. Gau:  
Berlin: Paul Ratajczak (N. 58), Pappelallee 6, vorn III. I.
  - Jauer: Der Arbeitsnachweis befindet sich bei J. Skormal,  
Hferstraße 13.
  - Rosenburg a. S.: Der Arbeitsnachweis befindet sich beim 2. Bev.  
Jakob Fries in dessen Wohnung (beim Gastwirt Schmidt).  
— Anfragen dieser Art sind brieflich dahin zu richten.

Alle Arbeitsuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Be-  
zirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vor-  
stehende Adressen wenden.

Am 1. Weihnachtstfesttag wird von der organisierten  
Arbeiterchaft hier selbst eine gemeinsame Weih-  
nachtsfeier veranstaltet und zwar nachmittags 4 Uhr im  
Kaisersaal. Es findet eine Bescherung und Verlosung nebst  
Abbrennen zweier Weihnachtsbäume statt, auch sind sonstige  
Ueberraschungen geplant. Die veranstaltenden Vereine sind:  
Tabakarbeiter-Verband, Sortierer-Verband, Arbeiter-Turnverein,  
Arbeiter-Gesangverein, Arbeiter-Nachfahrverein, Fabrikarbeiter-  
Verband und Arbeiter-Abfindenbund. Indem wir unsere  
Mitglieder dazu freundlich einladen, bemerken wir, daß es er-  
forderlich ist, pünktlich zu erscheinen und die Kinder nicht ohne  
Begleitung Erwachsener kommen zu lassen.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der  
Cabakarbeiter Deutschlands.**

Geschäftslokal: Hamburg-Uhlenhorst, Rogarstraße 5, I.  
Ausschuß: D. Sidow, Brandenburg a. S., Steinstraße 22.  
Schiedsgericht: L. Dehand, Berlin N., Ruppelstraße 24.

Eingegangen: Darmbed 200.—, Ralsch 50.—, Kirchheim  
100.—, Hohenheim 200.—, Finsterwalde 100.— Mk.  
Sterbekasse: Posen 12.30, Finsterwalde 50.— Mk.  
Zuschüsse: Kassel 50.—, Groß-Auheim 30.—, Meissen 65.—,  
Bergedorf 30.—, Ebingen 50.—, Osnabrück 50.—, Ruploh 30.—,  
Wolfen 19.30 Mk.  
Krankengeld: 84.— Mk.  
Hamburg, den 20. Dezember 1909. J. A. Dito.

**H  
F**

Als besonders wertvolle Gabe für alle Leser

liegt der heutigen Nummer ein

# Zaschen-Notiz-Kalender

für Zigarrenfabrikanten **pro 1910**

bei, dessen reicher Inhalt allgemein Beifall finden wird.



**Beachten Sie**

die ausserordentlich günstigen Offerten des eingehafteten Katalogs!

## Heinrich Franck, Berlin N. 54

Brunnenstrasse 185.

### J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3946  
empfeilt in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker 185, 210, 220, 240, 260, 275, 280, 340, 420, 480, 500  $\text{d}$ .  
Sumatra-Umblatt (Sollblatt) 155, 180  $\text{d}$ . Java- und Vorstenland-  
Decker 220, 240, 250, 260, 270, 300, 320  $\text{d}$ . Mexiko-Decker, enorm  
bedfähig und zartblättrig, allerfeinste Gewächse und schneeweiss im Brand,  
300, 350, 400, 430  $\text{d}$ . Mexiko-Umblatt 150  $\text{d}$ . Java-Umblatt 130,  
155, 160  $\text{d}$ . Java-Umblatt und Einlage 95, 105, 110  $\text{d}$ . St. Felix-  
Brasil-Decker 190, 215  $\text{d}$ , deckt mit 4 Pfund, brennt schneeweiss, egale  
braune Farben. St. Felix-Brasil-Umblatt 180, 170  $\text{d}$ . St. Felix-  
Brasil-Umblatt und Einlage 120, 140, 150  $\text{d}$ . Domingo-Umblatt  
90, 95, 100, 110, 120  $\text{d}$ . Carmen-Umblatt 100, 105, 110, 120  $\text{d}$ . Seed-  
leaf-Umblatt 110, 120  $\text{d}$ . Portorico-Decker, brennt schneeweiss,  
130  $\text{d}$ . -Einlage 100  $\text{d}$ . Havanna-Einlage 200, 250, 300  $\text{d}$ . Yara-  
Cuba 200, 220  $\text{d}$ . Losgut aus nur überseeischen Originaltabaken, meist  
Umblatt, 100, 105, 110  $\text{d}$ .

|| Wickelformen { neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 150  $\text{d}$ .  
Schiffchen-Abdrücke versende gratis und franko.  
Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, be-  
sonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50  $\text{M}$ . Gummi-  
Traganth, allerfeinste Ware, größte Klebekraft, per Pfund 250  $\text{d}$ , bei Ab-  
nahme von Postfakti à 9/10 Pfund netto à 240  $\text{d}$ . Zigarrenband, feinste  
gelbe Halbseide, 8 Lin., pro 50 Meter-Rolle 160  $\text{d}$ .

Preise per Pfund verzollt einschl. Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

### Carl Roland Berlin SO.

Kottbuser Strasse 4.

Sumatra-Vollblatt, tadellos Brand,  
2 Mf. per Pfund, ganz hell 4 Mf. per  
Pfund. Java-Anfarbeiter 1.10 bis  
1.40 Mf., Umblatt 1.75 u. 1.85 Mf.  
per Pfund u. alle anderen Tabake billigt.  
Nur wirklich brauchbare Tabake.

### Brinkmeier & Co. Bremen

empfehlen als gut und preiswert  
Sumatra-Decker 180, 220, 270, 300, 320,  
340, 425, 450 600  $\text{d}$ .  
Sumatra-Umblatt 160, 170, 180  $\text{d}$ .  
Java-Decker 225, 250, 300, 380  $\text{d}$ .  
Java-Einlage u. Umblatt 100, 105, 110,  
120, 135, 160, 170  $\text{d}$ .  
Brasil-Decker 200, 210, 225, 265, echte  
Cruz das Almas.  
Brasil-Anfarbeiter 170, 190  $\text{d}$ .  
Brasil-Einlage und Umblatt 130, 135,  
150, 170  $\text{d}$ .  
Carmen 100, 110, 115, 120, 130, 150  $\text{d}$ .  
Domingo 95, 100, 110, 120, 130  $\text{d}$ .  
Mexiko-Decker 425  $\text{d}$ , San Andres  
Havanna-Einlage 200, 275  $\text{d}$ .  
Yara Cuba 190  $\text{d}$ , wunderbare Qualität.  
Seedleaf 145, 155  $\text{d}$ , geschloß. brennend.  
Losgut 95, 100  $\text{d}$ , allerbeste Ware,  
meist Umblatt.  
Kentucky 130, 140, 155, 170  $\text{d}$ .  
Preise per Pfund verzollt einschließl.  
Wertzoll. Versand unter Nachnahme.

### Solange Vorrat

verlangen Sie  
Sumatra-Decker in hochfeinen  
hellen Farben  
und tadellosem Brand  
Nr. 278 à 250 Pfg., Nr. 279 à 260 Pfg.,  
Nr. 280 à 195 Pfg. per Pfund verzollt  
inkl. Wertsteuer. Versand unter Nachn.  
Zeun & Ellrich :: Berlin N. ::  
Brunnenstr. 151.

Max Jacoby Berlin  
Strelitzer Str. 52.  
Rohtabak. Billigste Preise.  
Besonders preiswert  
Sumatra, 2.2., helles Sollblatt, 2.30  $\text{M}$ .

Bilderbücher, Jugendschriften  
in reicher Auswahl von 10 Pfg. an  
liefert die  
Expedition des Tabak-Arbeiter  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

**S. Hammerstein**  
BERLIN N. 54, Brunnenstrasse 181.  
Gegründet 1862  
Roh-Tabak - Utensilien  
hält sein reichhaltiges Lager von allen Sorten Tabak  
in jeder gewünschten Preislage bestens empfohlen.

### L. Cohn & Co., Berlin N.

Telegr.-Adresse Brunnenstrasse 24 Fernsprecher  
Formecohn Berlin Amt III, 513

liefern  
Vollständige Einrichtungen für Zigarren-Fabriken  
neu und gebraucht  
unter denkbar günstigsten Bedingungen.

Grösstes Fabrik- und Handelsgeschäft der Rohtabak-  
Gegründet 1870 und Utensilien-ranch e Gegründet 1870

Deutschlands grösstes Wickelformenlager  
Ständiges Lager v. über 30000 Wickelformen in ca. 800 Fassons  
Jedes Fasson in neu und gebraucht am Lager  
Grösstes Rohtabak-Lager  
Amerikanische sowie deutsche Tabake  
Man fordere unsere Preislisten. — Man verlange unsere neuesten  
Modellbogen. — Zusendung kostenlos sofort.

### Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Ältestes Rohtabakgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

Sumatra- und Java-Decken 1.70, 1.85, 2.00, 2.30, 2.40, 2.60, 2.80,  
3.00, 3.20, 3.40, 3.60, 4.00, 4.30, 4.50, 5.30  $\text{M}$ . — Java 1.00, 1.02, 1.05,  
1.10, 1.25, 1.50, 1.60, 1.70  $\text{M}$ . — Domingo und Carmen 1.08, 1.10,  
1.15, 1.25, 1.40, 1.50  $\text{M}$ . — Felix 1.10, 1.30, 1.35, 1.40, 1.50, 1.60, 1.80  
Dede 2.15  $\text{M}$ . — Losgut, blattig und gesund, 1.05  $\text{M}$ . — Uckermärker  
90 und 96  $\text{d}$ . — Elsässer 96  $\text{d}$ . — Pfälzer 96  $\text{d}$ . — Holländer  
Umblatt 1.00 und 1.15  $\text{M}$ .

Diskont gewähre 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme.

### W. Hermann Müller Berlin, Magazinstr. 14.

#### Rohtabake

Besonders  
empfehlenswert  
Nr. 6203  
Java - Sumatra  
2. Länge Vollblatt  
feiner Brand  
à Pfd. 2.50  $\text{M}$  verzollt.  
Nr. 6395  
Umblatt, zart, ergiebig  
flottbrennend  
à Pfund 1.25  $\text{M}$ .  
Nr. 6393  
Märker  
à Pfd. 0.90  $\text{M}$ .  
Neue Tabakpreisliste  
Nr. 104  
ist erschienen  
Interessenten gratis u.  
franko zu Diensten.

#### Fabrikations-Utensilien

Wickelformen, neue, zu Konventionspreisen  
do. gebrauchte, billigst, stets grosses Lager  
Formenpressen, solide gebaut, zu 10 Formen,  
8, 16, 19  $\text{M}$ , ganz aus Eisen 17.50  $\text{M}$   
Arbeitstische, Schemel, aus bestem Holz, neu  
und gebraucht, billigst  
Pa. Rollbretter, ast- und rissfrei, von 1.50  $\text{M}$  an  
Arbeitsmesser in unerreichter Güte  
Hamburger Messer per 10 Stück 2  $\text{M}$   
Echt engl. Amiac-Extrakt 2 1/2-Pfd.-Dose 5.50  $\text{M}$   
Pa. Traganth 2, 2.50  $\text{M}$   
Bündelmaschinen 75, 85  $\text{d}$ , 1.25, 1.50  $\text{M}$  usw.  
Presskästen zu 2 Bund 80  $\text{d}$ , zu 4 Bund 1.25  $\text{M}$   
Rings, geprägte, 20, 25, 30, 35  $\text{d}$  per 100 Stück  
Band, 50 Meter von 50  $\text{d}$  an  
Etiketten per 100 Stück von 30  $\text{d}$  an  
Preis per Kasse mit 3% Skonto von 10  $\text{M}$  an.  
Man verlange Preisbuch 25.

Wiesbadener Volksbücher. Preis pro Bändchen 10 bis 30 Pfg.  
Berzeichnisse umsonst.

Zu beziehen durch die Exp. d. Tabakarbeiter, Leipzig, Tauchaer Str. 19/21

Verantwortlicher Redakteur: F. Seyer, Leipzig, Südstraße 51. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Zentrums-Grundsätze.

Um die Unzufriedenheit der katholischen Arbeiter mit der Steuerpolitik des Zentrums zu beschwichtigen, greift die hierische Presse zu den verlogensten Entstellungen. Bald sucht sie es als sittliche Pflicht der Arbeiter hinzustellen, zu den Zwecken des Staates möglichst beizutragen; denn der Staat und die Ausgestaltung seiner Aufgaben entspringen der von Gott geschaffenen Natur des Menschen; bald wieder versucht sie den Arbeitern plausibel zu machen, daß sie durch die neuen Steuern nur in ganz geringer Mäße getroffen würden, zumal ja die infolge der Einführung des neuen Tabaksteuergesetzes etwa arbeitslos werdenden Tabakarbeiter reichlich entschädigt würden — dank des großzügigen Eintretens des Zentrums, besonders des Arbeiterabgeordneten Giesberts, für die Interessen der Tabakarbeiter. Gegenüber diesen freivolten Verkleinerungsversuchen scheint es angebracht, auf die im Jahre 1906 nach dem Abschluß der damaligen Finanzreform von dem Zentrumsabgeordneten Dr. Eugen Jäger im Verlage der Zentralstelle des „Volksvereins für das katholische Deutschland“ veröffentlichte Broschüre „Die Reichsfinanzreform von 1906 und ihre neuen Steuern“ hinzuweisen. Wie diesmal, hatte auch 1906 das Zentrum sich eifrig an der Steuerfrage beteiligt und dadurch in einem Teil seiner Anhängererschaft offene und versteckte Proteste hervorgerufen. Diese Proteste zu beschwichtigen und die Murrenden zu überzeugen, daß das unter der Regide des Zentrums zustande gekommene Steuerragout den „gerechten Ausgleich“ der widerstreitenden Interessen bedeute, deshalb wurde damals von der M.-Glabbacher Jesuitenkolonie die Jägerische Broschüre vertrieben. Die Situation war also für das Zentrum eine ähnliche wie heute — um so interessanter ist es, die damalige Argumentation mit der heutigen zu vergleichen. Bekanntlich wurde 1906 die von der Regierung vorgeschlagene Tabaksteuererhöhung abgelehnt. Trotzdem behandelte sie Herr Dr. Jäger in seiner Broschüre sehr ausführlich. Warum? Sie diente ihm nämlich als Demonstrationsojekt, um den Zentrumsarbeitern zu zeigen, wie sehr sie als Produzenten durch die von der Regierung vorgeschlagenen Steuererhöhungen geschädigt worden wären, und wie väterlich deshalb das Zentrum für sie sorgte, als es diese Vorschläge ablehnte. Damals rechnete Herr Jäger aus, daß durch die Annahme der Regierungsvorschläge an zwei Millionen Menschen in ihrem Erwerb beeinträchtigt worden wären, denn in der Tabakindustrie und ihren Hilfszweigen würden allein über 180 000 Arbeiter beschäftigt, und zu diesen kämen noch 120 000 Tabakpflanzler mit ihren Familien usw.

Damals war noch die Ablehnung der Tabaksteuererhöhung eine Großtat des Zentrums, mit der es vor den christlichen Tabakarbeitern stolz paradierte; jetzt — nach Verlauf von drei Jahren — hat es für Erhöhungen gestimmt, die zum Teil beträchtlich höher sind, als die damals vorgeschlagenen.

Nur die Zigarettensteuer fand damals Annahme. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellte darauf den Antrag, die Zigarettensteuer, die durch die Steuererhöhung und ihre Folgen, d. h. durch die zu erwartende Verbrauchseinschränkung, arbeitslos würden, zu entschädigen. Aber das Zentrum wollte damals absolut nichts von einer Entschädigung wissen. Damals erklärte Dr. Jäger im Reichstag (am 7. Mai 1906):

„Ich glaube, die Verhältnisse liegen nicht so, daß man die Leute entschädigen muß; denn so gefährlich ist die Sache nicht, wie die Herren sagen, und außerdem können wir schon wegen der Konsequenzen nicht auf die Frage eingehen.“

Und in seiner Broschüre schrieb er:

Die Sozialdemokraten wollten zuerst die Heimarbeit ganz verbieten haben, und als dies im Interesse der Arbeiter selbst vom Reichstag abgelehnt worden war, beantragten sie Entschädigung der durch dieses Gesetz arbeitslos Gewordenen. Auch dieser Antrag mußte abgelehnt werden, weil der Zusammenhang der Arbeitslosigkeit mit diesem Gesetz sehr schwer einwandfrei festzustellen ist, weil die Annahme des Antrages zu unübersehbaren Folgerungen führen würde und weil überhaupt eine derartige Maßregel bisher noch niemals ins Auge gefaßt und durchgeführt wurde.

Damals war eine derartige Maßregel etwas Unerhörtes und ganz Unmögliches. Jetzt hat das Zentrum selbst für eine solche unmögliche Maßregel gestimmt — wenn auch nicht aus Wohlwollen für die Tabakarbeiter, sondern nur, um ein Mittel zur Beschwichtigung der rebellierenden christlichen Tabakarbeiter zu haben. So schnell ändern sich Zentrumsüberzeugungen!

Doch das Schönste kommt noch. In seiner Steuerbroschüre tritt Herr Dr. Jäger für höhere Erbschaftssteuern auf große Vermögen ein und erhebt gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf, daß die von ihrer Reichstagsfraktion vorgeschlagenen Erbschaftsteuererlässe die großen Vermögen noch zu mächtig belasteten. Damals schrieb er, ohne daß irgendein Zentrumsblatt ihn desavouiert hätte:

Die Sozialdemokraten wollten die Erbschaftsteuer bedeutend verschärfen haben und stellten daher in der Kommission und im Plenum entsprechende Anträge. Dabei wollten sie nicht bloß die großen Vermögen belasten, sondern griffen schon stark in die Reihen der Minderbemittelten und Arbeiter hinein; eine Erbschaft von 2001 Mk. sollte (Antrag Nr. 36) bereits 1 Proz. bezahlen. Bei einem Gesamtvermögen von 25 000 Mk., also bei einem mittleren Bauer (nach süß- und westdeutschen Verhältnissen), sollte die Steuer bereits 4 Proz. betragen. Dabei war nirgends Rücksicht genommen auf die Zahl der Kinder, die sich in so kleine Erbmassen zu teilen hätten. Bei einer Erbmasse von 1—5 Millionen erreichte die Steuer 14 Proz., bei 10 Millionen ihr Ende mit 16 Proz. Der Ertrag war auf 160 Millionen geschätzt. Die Sozialdemokraten hätten also die kleinen Vermögen sehr schwer und die größeren mäßig belastet.

Diesmal hat das Zentrum sogar gegen das abgeschwächte Erbschaftsteuergesetz gestimmt, weil ihm selbst dessen lächerlich niedrige Steuererlässe noch als eine zu hohe Belastung der Wohlhabenden erschienen.

So ändern sich im Handumdrehen Ueberzeugungen, Grundsätze und Argumentationen beim Zentrum.

## Ein Gutachten über die Tabaksteuer.

Ueber die traurigen Wirkungen des neuen Tabaksteuergesetzes hat die Handelskammer zu Chemnitz, in deren Bezirk (in der Gegend von Frankenberg-Waldheim-Döbeln) zahlreiche Zigarrenfabriken ansässig sind, dem Reichsschatzamt ein bemerkenswertes Gutachten erstattet. Darin wird unter anderem folgendes ausgeführt:

„Die angestellten Erhebungen haben zunächst allgemein ergeben, daß das neue Tabaksteuergesetz auf den hier von betroffenen Industriezweig sehr ungünstige Wirkungen ausübt. Wirkungen, die nach übereinstimmender Ansicht der befragten Kreise auch mit ziemlicher Sicherheit noch sehr lange anhalten werden.“

Die Fabrikation des Bezirks hat durch die neue Steuer eine 2 rartige Erhöhung der Produktionskosten erfahren, daß sie nicht mehr in der Lage ist, Fabrikate unter 34 bis 35 Mk. per Mille herzustellen. Sie ist genötigt, die Fabrikation an außerstaatliche Gebiete mit wesentlich billigeren Arbeitskräften abzugeben, so nach den oberbairischen Industriegebieten. Eine derartige Verringerung der Arbeitslegenheit muß auf den Bestand der Arbeiter nachteilig einwirken. Soweit es nicht zu unmittelbaren Arbeiterentlassungen gekommen ist, haben die einzelnen Betriebe versucht, diese bedauerliche Folge für die Arbeiterschaft dadurch hintanzuhalten, daß sie die Fabrikation weit über den Bedarf hinaus fortführen. Gleichwohl ist natürlich auf die Dauer eine Einschränkung der Fabrikation auf Grund der bestehenden Gefahr, manche Fabrikate gar nicht oder nur schwer an den Mann zu bringen, nicht zu vermeiden gewesen. Dasselbe vollzieht sich in den meisten Fällen derart, daß Montag und Sonnabend überhaupt nicht und an den übrigen Wochentagen nur von früh 8 Uhr bis abends 6 Uhr gearbeitet wird. Dabei steht zu befürchten, daß zur Erspargung von Beleuchtungskosten auch diese Arbeitszeit noch eine weitere Einschränkung erfahren wird.

Die mit der Einschränkung der Fabrikation Hand in Hand gehende Arbeiterentlassung, die sich als unvermeidlich herausgestellt hat, dürfte vermutlich in den Monaten Januar und Februar am stärksten in Erscheinung treten. Der günstige Einfluß des Weihnachtsgeschäfts kommt in diesen Monaten in Wegfall und der abflauernde Markt bringt erfahrungsgemäß ein derartiges Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, daß die Fabrikation sich auf das äußerste wird beschränken müssen und die Entlassung von Arbeitskräften in größerem Umfang unausbleiblich sein werde.

Die so ausgestellten Arbeiter finden sehr schwer ein anderweitiges Unterkommen.

Ein weiterer Ausweg, die Entlassung von Arbeitern zu verhindern, wird von manchen Fabriken dadurch gefunden, daß sie die einzelnen Arbeiter auf etwa zwei Drittel ihrer bisherigen Tagesarbeiten setzen. Hierdurch wird zwar für den Arbeiter die Entlassung hintangehalten, dafür aber sein Tagesverdienst entsprechend verringert und die Lebenshaltung weiter erschwert.“

Begleitend für die üblen Wirkungen des Tabaksteuergesetzes sind endlich noch einige Angaben der Handelskammer über den Rückgang des Umsatzes in den einzelnen Fabriken. So hat sich bei einer Firma der Umsatz von reichlich 50 000 Mk. im September 1908 auf 20 000 Mk. in demselben Monat des Jahres 1909 verringert. Eine andere Firma hat in der Zeit vom 15. August bis 15. Oktober einen Verlust in Höhe von 194 Mille gehabt, während früher in derselben Zeit auf einen Absatz von annähernd 1000 Mille gerechnet werden durfte. In der Hoffnung, daß diese Absatzverhältnisse keinen so wesentlichen Rückgang erfahren würden, hat diese Firma in demselben Zeitraum 939 Mille fertigstellen lassen. Das sind 3 Mfern, die eine deutliche Sprache reden und von Ergebnissen berichten, wie sie vorauszu sehen waren.

## Gewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Wintersdorf (Sachsen-Altenburg). Mit der Firma Paul Schult wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen mit der Anerkennung eines Minimallohns von 8.50 Mk. bei ausgelegter Decke, fertiger Einlage und angefügtem Umblatt. Die tägliche Arbeitszeit wurde auf 9½ Stunden, Sonnabends 8½ Stunden, festgesetzt.

Löblich (Berichtigung.) Der tariflich anerkannte Minimallohn beträgt nicht 9 Mk., sondern nur 8.50 Mk. pro Mille.

Heßberg a. S. Die Differenzen bei der Firma Burgdorff u. Lutterbeck sind noch nicht erledigt. Vor Zutug wird gewarnt.

Satzwedel. Der Abwehrtreik bei der Firma S. Dürtop dauert fort. Vor Zutug wird gewarnt.

Weißenfels. Der Streik bei der Firma F. W. Matthias dauert fort, da diese Firma sich strikte weigert, die Löhne zu zahlen, die alle andern Firmen in Weißenfels schon zahlen. Vor Zutug wird gewarnt.

Wintersdorf (S.-A.). Die Differenzen bei der Firma W. Schlenzig sind geregelt, da die alten im Jahre 1907 ausbedungenen Löhne weiter gezahlt werden, nachdem auch das hiesige Gewerkschaftskartell energisch eingegriffen hatte. Aufgabe der bei dieser Firma beschäftigten Arbeiter wird es nun sein müssen, einen Tarifvertrag mit der Organisation auf Grundlage des Landesminimtarifs zustande zu bringen.

Winsen a. d. L. (Berichtigung.) In der Notiz der Nr. 48 des Tabak-Arbeiter ist ein Fehler enthalten. Außer der Firma E. Walsleben u. Co. erhöhten sämtliche vier andern Fabrikanten die Löhne um 50 Pfg. bis 1 Mk. pro Mille, so daß der Minimallohn jetzt in Winsen 9 Mk. (nicht 8,50 Mk.) pro Mille beträgt.

Verammlung des Vereins der Zigarrenfabrikanten von Hamburg-Altona und Umgegend von 1909. Am 8. Dezember fand eine Mitgliederversammlung obigen Vereins statt, in der zunächst Kollege Hoff den Kassenbericht erstattete. Sodann erstatteten die Bezirksleiter Bericht, wonach bis jetzt der Verein 40 Mitglieder zählt; im Verhältnis zu der Zahl der Fabrikanten hier am Orte und der Umgegend sind es zwar wenig, aber in der kurzen Zeit des Bestehens des Vereins sei sein Wachstum schon erfreulich. Sichtlich werden die abseits stehenden Kollegen sich anschließen. Hauptsächlich von den Kollegen, welche den Lohn mit dem Tabakarbeiterverband abgeschlossen haben, hoffen wir stark, daß sie sich noch befinden und einer Organisation beitreten, welche es sich zur Aufgabe macht, ihre Interessen nach allen Richtungen hin zu wahren. Hieran anknüpfend, wurde ein Antrag angenommen, daß alle Mitglieder eine rege Agitation entfalten müssen, um die noch fernstehenden Kollegen als Mitglieder zu gewinnen. Dann wurde nach längerer Debatte beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, sich über den Punkt Tabak-Einkaufsgenossenschaft weiter zu informieren und in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten, eventuell einen Ausschuß zu wählen. Unter Verschiedenes wurde die Frage der Zentralisation besprochen. Dem Vorstand wurde auch hier Direktive erteilt, sich weiter mit dieser Sache zu befassen. Weiter wurde die Frage gestellt, ob es nicht angebracht sei, mit dem hiesigen Gastwirteverein und mit dem Zigarrenhändlerverein über unsere geschäftlichen Angelegenheiten in Unterhandlung zu treten, wie zum Beispiel der Bremer Zigarrenfabrikantenverein doch mit den dortigen Gastwirtsverbänden in dieser Frage mit Erfolg eine Einigung erzielt habe. Auch diese Frage wurde nach längerer Debatte dem Vorstande überwiesen mit dem Wunsche, in der anfangs Januar stattfindenden Versammlung die Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen.

## Die österreichische Gewerkschaftsbewegung.

Während der letzten Jahre haben die österreichischen Gewerkschaften wohl beträchtliche Erfolge im Lohnkampfe errungen, sie konnten es indes nicht hindern, daß zu gleicher Zeit auch die Warenpreise eine ganz ungewöhnliche Erhöhung erfuhren. Die Kaufkraft des Geldes sank und damit mußte auch die Lebenshaltung der breiten Massen eine Verschlechterung erfahren. Was die Arbeiter vor allem aufregte, war die ununterbrochene Steigerung der Preise für die notwendigsten Lebensmittel. Geschützt durch die hohen Einfuhrzölle und gestärkt durch die staatlich geförderten landwirtschaftlichen Organisationen konnten die Agrarier mit den Preisen für Getreide, Milch, Vieh usw. nach Gutdünken in die Höhe gehen. Das führte schließlich zu einem offenbaren Notstand.

Es wäre die Aufgabe der Volksvertretung, des Parlaments, gewesen, der Lebensmittelvertuerung nach Kräften entgegenzuwirken. Bei der Zerrüttung der politischen Verhältnisse erwies sich indes das Parlament als unfähig, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen. In fruchtlosen nationalen Zäntereien vergeudet das Parlament seine Zeit, während draußen die Massen des Volkes am Hungertuche nagen.

Nun versuchen die österreichischen Gewerkschaften einzugreifen. In Wien fand am 29. Oktober eine Plenarversammlung der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner statt, in der Huerber über eine von den Gewerkschaften zu unternehmende Aktion gegen die Lebensmittelteuerung referierte. Auf seinen Antrag wurde beschlossen, an die Unternehmer ein offenes Schreiben zu richten. Dieses hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

„Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft verweist auf ihren seit Jahren, im Wege der direkten Selbsthilfe, geführten Abwehrkampf gegen die wachsende Teuerung. Wer auf die Preisentwicklung der letzten zehn Jahre zurückblickt, muß die Tatsache konstatieren, daß die Preise für alle Artikel des Massenkonsums ununterbrochen anstiegen und so die Lohnsumme des Arbeiters von Jahr zu Jahr mehr entwerteten. Der Reallohn — und auf ihn allein kommt es ja an — ist herabgedrückt worden.“

Der Kampf um die Lohnerhöhung, den die Gewerkschaften führten, kann deshalb kaum als ein Angriff betrachtet werden, er war vielmehr ein Abwehrkampf. Die erzielten Lohnerhöhungen waren auch keineswegs die Ursache der Teuerung. Man könne an einzelnen wichtigen Punkten ziffernmäßig nachweisen, daß der Lohn für das gleiche Erzeugungsquantum sogar gesunken sei.

Die Gewerkschaft kann nur von demagogischen Schwärmern, die Ursache mit Wirkung verwechseln, für die Teuerung der Produkte verantwortlich gemacht werden. Es gilt einen energischen Kampf gegen die allein schuldige agrarische Wucherpolitik zu führen. In diesem Kampfe haben die industriellen Unternehmer bis nun ihre Pflicht nicht erfüllt. „Energieelos oder ohne Verständnis stehen sie den agrarischen Vorstößen gegenüber.“ ... Die Unternehmerschaft versteht nicht, daß die agrarische Begehrlichkeit vor allem immer wieder die Brandfackel der Lohnkämpfe in die Werkstätten wirft.

Die wucherischen Anschläge der Agrarier auf die Lebenshaltung des industriellen Volkes hören nicht auf, anderseits werden die reaktionären Versuche, das Parlament vollständig arbeitsunfähig zu machen gerade in dem Moment, wo es sich zu Taten gegen die Agrarier aufzuringeln sollte, immer heftiger. Darum stellen die organisierten Arbeiter fest: Uns werden neuerliche Kämpfe aufgezwungen, wenn die gesamte Unternehmerschaft ihre politische Pflicht gegen das Agrariertum nicht erfüllt. Wir erwarten von den Industriellen wie von den Gewerbetreibenden, daß sie endlich die Kraft aufbringen, auch ihre Stimme zur Geltung zu bringen und der Regierung wie ihren politischen Vertretern energisch klarzumachen: Des Lebens Notdurft geht allen anderen Sorgen voran. Wir erwarten, daß auch sie den Kampf gegen das Agrariertum und für die Handelsverträge, gegen die Teuerung und für die freie Einfuhr von Brotfrucht und Fleisch aufnehmen.“

Dieses offene Schreiben wird von den Gewerkschaften aller Industrieorte den einzelnen Unternehmern, deren Organisationen und den kleingewerblichen Gewerkschaften übermittelt werden. Ob es seinen Zweck, die Industriellen zu einem entschlossenen Kampfe gegen den Agrarismus zu bringen, erreicht, ist sehr fraglich. Das eine aber ist sein

**Vorteil:** Es stellt eindeutig fest, wer an der Teuerung die Schuld trägt und belastet die industriellen Unternehmer und die Agrarier vor aller Augen mit der Verantwortung für die Lohnkämpfe der Zukunft.

## Der 29. Kongress der amerikanischen Gewerkschaften.

Der Kongress tagte in der ersten Hälfte des November in Toronto (Kanada). Anwesend waren über 500 Delegierte. Aus dem Bericht des Vorsitzenden des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (Federation of Labor) Samuel Gompers ist hervorzuheben, daß es den Gewerkschaften Nordamerikas trotz der ungünstigsten Verhältnisse gelungen ist, die allseitig drohenden Lohnherabsetzungen zu verhindern. Die Mitgliederzahl hat um etwa 100 000 abgenommen, und zwar von 1 689 200 im Jahre 1908 auf 1 506 400 im laufenden Jahr. Die Gesamtkosten der Streiks, an denen 98 der angeschlossenen Gewerkschaften in 693 Fällen beteiligt waren, beliefen sich in diesem einen Jahr auf 8 686 760 Mk. Für sonstige Unterstützungen, Sterbegeld, Krankengeld, Reise- und Arbeitslosenunterstützung, wurden insgesamt 10 517 607 Mark ausgezahlt. Für die Durchführung des Rechtsstreits in dem bekannten Bonfottprozeß, der zur Verurteilung von Gompers, Mitchell und Morrison zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre führte, wurde ein freiwilliger Fonds angelegt, der bisher eine Einnahme von 186 051 Mk. und eine Ausgabe von 26 349 Mk. hatte. In der gleichen Sache hat der Kongress in der Annahme, daß die eingelegte Revision gegen das unerhörte Urteil doch keine Aussicht auf Erfolg hat und die drei verurteilten Führer die ihnen zu diffamierten Gefängnisstrafen doch werden abhaken müssen einstimmig beschlossen, Gompers, Mitchell und Morrison durch weitgehendste materielle Entschädigung für die Dauer ihrer Strafe schadlos zu halten, indem für ein Jahr Gefängnis neben der vollen Gehaltszahlung noch 20 000 Mark als „Schmerzengeld“ bewilligt wurden. Den letzteren Betrag würde also Gompers für seine einjährige Gefängnisstrafe erhalten, während Mitchell für seine Strafe mit 15 000 und Morrison mit 12 000 Mk. in Betracht kämen.

Von der Gewerkschaftszentrale selbst wurden 34 Distriktsleiter ganz oder teilweise besoldet. Die Gesamtkosten hierfür beliefen sich auf etwa 200 000 Mk. Der Zentrale direkt angeschlossenen sind jetzt 119 Landesverbände (International Unions), 39 Staatsverbände, 595 Gewerkschaftskartelle und 4 besondere Gruppen (Baugewerbe, Metallgewerbe, Eisenbahner und die Gruppe der Gewerkschaftsmarke), gegen 67 Landesverbände, 10 Staatsverbände und 82 Kartelle vor 12 Jahren.

Die Forderung des Achtstundentages wurde besonders mit den Ergebnissen einer amtlichen statistischen Untersuchung über den Aufschwung der Produktion und der Arbeitslöhne begründet. Bemerkenswert ist, daß in denjenigen Gewerben, in denen der Achtstundentag durchgeführt wurde, wie im Baugewerbe, die Löhne seitdem um 25—100 Proz. gestiegen sind. Entsprechend der Forderung der Gewerkschaften werden in die künftigen Volks- und Berufszählungen auch die Zahl der Arbeitslosen, sowie Dauer und Ursache der Arbeitslosigkeit aufgenommen werden.

Unter „Praktische politische Betätigung der Arbeiterschaft“ wurde den Gewerkschaften der Rat erteilt, für die politische Schulung ihrer Mitglieder derart zu sorgen, damit sie ihr Wahlrecht zu den verschiedensten Körperschaften im Interesse der Arbeiterklasse ausüben können. Allerdings sollen sich die Gewerkschaften nicht in den Dienst einer politischen Gruppe stellen, sondern von Fall

zu Fall den Kandidaten unterstützen, der ihre Forderungen anerkennt und vertritt. Dadurch werde es möglich sein, auf alle Parteien (?) einen größeren Einfluß auszuüben.

Ueber die internationale Gewerkschaftskonferenz in Paris sagte Gompers: „Es muß zugegeben werden, daß die Konferenzen des Internationalen Sekretariats bisher wenig praktischen Aufgaben dienten, abgesehen von der Förderung des Friedens, Austausch von Freundschaftsbeziehungen und Veröffentlichung von Statistiken. Die Vertretung derselben ist nicht rein gewerkschaftlich. Die Delegierten aus Oesterreich und Holland beschränkten ihre vielen Reden auf sozialistische Propaganda und die Verurteilung des reinen Gewerkschaftswesens. Im allgemeinen hat die Konferenz das Feld für die Möglichkeit einer internationalen beratenden Körperschaft geklärt, die, demokratisch zusammengesetzt, der Arbeiterbewegung jedes Landes ihre Unabhängigkeit sichert und nicht-gewerkschaftliche Fragen von ihren Beratungen ausschließt. Ich bin vollkommen überzeugt, daß, obwohl das Internationale Sekretariat noch vieles zu wünschen übrig läßt, die vitalsten Interessen der Arbeiter Amerikas durch den Anschluß an dasselbe gefördert werden, und weshalb jüngere ich auch nicht, diesen Anschluß zu empfehlen. Die Vorteile würden gering sein, ebenfalls die materiellen Vorteile, jedoch würde der Geist internationaler Brüderlichkeit in unermeßlicher Weise gefördert werden. Auch bin ich überzeugt, daß unser Anschluß an das Internationale Sekretariat die Gründung einer internationalen Federation der Arbeit beschleunigen würde.“ Diesem Antrage wurde durch den Kongress sodann auch einstimmig Folge geleistet und der Anschluß an die gewerkschaftlichen Landeszentralen zum Beschluß erhoben. Damit ist die internationale Vereinigung der freien Gewerkschaften die größte Koalition der ganzen Welt geworden. Sie hat 5 563 000 Mitglieder in 17 Ländern.

## Berichte.

**Nieder-Salzbrunn.** Aussperrung der Tabakarbeiter acht Tage vor Weihnachten! Bei der Firma Heinrich Hähnel wurden am Sonnabend drei Zigarrenmacher ohne Einhalten der Kündigungsfrist entlassen, weil Herr Hähnel einen Lohnabzug von 60 Pfg. pro Mille vornehmen wollte und die Arbeiter sich damit nicht einverstanden erklärten. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen erklärten sich mit den Gemäßigten solidarisch. Auch sonst herrschen in diesem Betriebe viele Mißstände. Wenn Frau Hähnel mit ihrem Mann einmal ausgehen will, werden die gesamten Arbeiter mittags einfach nach Hause geschickt. Sperrung gibt es sehr wenig. Umloft und Deckblatt wird zumeist erst kurz vor der Verarbeitung angefeuchtet, so daß die Arbeiter ein sehr schweres Arbeiten haben. Auch müssen die Arbeiter 50 Gramm weisse das Deckblatt holen und bis eine Stunde darauf warten. Im Arbeitsraum wird die Einlage getrocknet. Ventilation gibt es nicht, so daß der Arbeitsraum vollständig in Zigarettenrauch eingehüllt ist. Wählgelegenheit gibt es gleichfalls nicht. Ein Garberobenraum ist auch nicht vorhanden, so daß das Umziehen der Arbeiter und Arbeiterinnen im Arbeitsaal geschieht. Hoffentlich wird hier einmal die Gewerbeinspektion eingreifen. Verhandlungen mit der Organisationsleitung, die aus Anlaß der Maßregelung angebahnt wurden, hat Herr Hähnel zurückst abgelehnt zu können geglaubt. Auch er wird sich noch eine Besseren überzeugen müssen.

**Stift Quernheim.** Am 12. Dezember fand hier an bekannter Stelle eine Mitgliederversammlung statt, welche leider nur mäßig besucht war. Auf der Tagesordnung stand Wahl der Delegierten nach Mennighüffen und Verschiedenes. Es wurden 3 Mitglieder zu der Konferenz, welche am 19. Dezember in Mennighüffen tagt, gewählt. Dann wurde beschlossen, die Versammlungen von jetzt ab wieder auf den Sonnabend zu verlegen. Hoffentlich gibt es dann nicht so viel Entschuldigungen: ich muß Besuch abwarten oder so etwas. Kollegen und Kolleginnen, es ist sehr wesentlich, daß ihr die Versammlungen besser

besucht; denn ihr wißt es doch alle, daß es hier in Stift Quernheim noch sehr dunkel ist, denn wenn hier von 600 Tabakararbeitern erst 30 frei organisiert sind und ungefähr 10 christlich, so sind das noch recht traurige Zustände. Wenn nun zur nächsten Versammlung jeder Kollege und jede Kollegin auch nur einen uns noch Fernstehenden mitbringt, dann wäre das schon ein hübscher Anfang, und das dürfte doch wohl niemand zu schwer fallen. Wir hoffen daher das Beste; diese Lausheit muß endlich aufhören, die Zeiten sind zu ernst geworden.

**Wien.** Den Zigarrenarbeitern und Juristen der Firma Maltschewitz u. Co., Inhaber Burgdorf, Hamburger Filiale, wurde heute die Mitteilung, daß am Freitag, den 24. Dezember, die Arbeit eingestellt wird. In Frage kommen hierbei 1 Handarbeiter, 5 Hilfsarbeiter, 2 Juristen, 2 Lehrlinge. Dieselben sind alle organisiert, bis auf 1 Lehrling und 1 Jurist.

## Von der Verrufserklärung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung.

Die Klempnergesellen des Klempnermeisters Zeglin in Berlin hatten sich verabredet, auf die von diesem beabsichtigte Lohnherabsetzung nicht einzugehen. Die Folge war die Entlassung derjenigen Gesellen, die sich an die Verabredung hielten, worunter sich auch der Klempner Hoffmann befand. Einer der Gesellen hatte die Verabredung nicht innegehalten und arbeitete auf einem Neubau in Treptow für Zeglin. Hoffmann begab sich dorthin und nannte den Vorkühnigen ehrlos und bezeichnete ihn weiter als Streikbrecher. Darauf wurde Hoffmann, der doch im vorliegenden Falle wahrhaftig allen Grund hatte, aufgebracht zu sein, vom Schöffengericht wegen der paar Worte zu der außerordentlich hohen Strafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt, und zwar wegen Verleumdung in Lateintheit mit Verrufserklärung (§ 153 der Gewerbeordnung). Das Landgericht in Berlin hielt die Feststellungen aufrecht, ermäßigte aber die Strafe auf 2 Wochen Gefängnis. Die Worte ehrlos und Streikbrecher seien beleidigend. Sie hätten zugleich den Zweck verfolgt, den Arbeitswilligen zu veranlassen, sein Versprechen den Kollegen gegenüber zu halten und sich einer Vereinbarung zur Erlangung günstigerer Lohnbedingungen anzuschließen. Eine solche Vereinbarung habe vorgelegen, da die Leute Zeglin (den Meister) zwingen wollten, die alten höheren Lohnsätze wieder herzustellen. Bei der Strafzumessung müsse berücksichtigt werden, daß dem Terrorismus entgegengetreten werden müsse.

Der Angeklagte legte Revision ein und sein Vertreter machte folgendes geltend: § 153 der Gewerbeordnung sei von der vorderen Instanz verlegt. Eine Vereinbarung im Sinne des § 153 müsse darauf abzielen, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Nun sei aber der Fall hier so, daß der Unternehmer bestehende höhere Löhne herabsetzen wollte. Unter diesen Umständen hätte unter anderm geprüft werden müssen, ob die Herabsetzung für eine Zeit beabsichtigt war, wo die Leute einen Anspruch darauf hatten, zu den alten Bedingungen weiter beschäftigt zu werden. Das heißt, ob die Verabredung für eine Zeit angekündigt wurde, wo ein vertragsmäßiges Recht auf die alten Löhne bestand. Es hätte dann nicht eine Vereinbarung zur Erlangung günstigerer Lohnbedingungen vorgelegen, sondern eine Vereinbarung zur Erhaltung der bisherigen, bereits durch Vertrag festgelegten Lohnbedingungen.

Das Kammergericht schloß sich dem an, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Worin die Verabredung bestand, müsse klargestellt werden. Zum Beispiel könnte sie ja auch darin bestanden haben, den Meister zu verklagen. Von einer Anwendung des § 153 könnte dann ebenso wenig die Rede sein, wie in dem, vom Anwalt angeführten Falle.

## Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

# Rohtabak-Angebot Heinrich Franck, Berlin, siehe vierte Seite des Hauptblattes.

Gegründ. 1868 **Otto Urbahn** Tel. VII, 3986  
**Berlin C. 25, Landsberger Str. 79.**

Rohtabak	Utensilien
Java-Einlagen von 95 $\frac{1}{2}$ an	Pressen zu 10 Formen von 8 $\frac{1}{2}$ an
Java-Umbl. u. Aufarb. von 125—190 $\frac{1}{2}$	Presskasten von 45 $\frac{1}{2}$ an
Java-Decken von 200—475 $\frac{1}{2}$	Rollbretter, Hirnholz, von 3 $\frac{1}{2}$ an
Sumatra-Umblatt von 160—190 $\frac{1}{2}$	Bündelböcke von 125 $\frac{1}{2}$ an
Sumatra-Decken von 190—700 $\frac{1}{2}$	Arbeitsmesser J. M. Hentfels 20, 25, 30 $\frac{1}{2}$
Brasil von 125—325 $\frac{1}{2}$	Laok 8 Stangen 25 $\frac{1}{2}$
Carmen von 95—165 $\frac{1}{2}$	Papier, blau, pro Zentner 15 u. 18 $\frac{1}{2}$
Domingo von 95—160 $\frac{1}{2}$	Band, 50 Meter-Rolle von 60 $\frac{1}{2}$ an
Havana von 180—600 $\frac{1}{2}$	Ringe, große Auswahl, von 20 $\frac{1}{2}$ an
Mexiko von 825—450 $\frac{1}{2}$	Etiketten verschied. Ausf. von 30 $\frac{1}{2}$ an
Losgut, viel Umblatt, 95 u. 100 $\frac{1}{2}$	Packungen zu Fabrikpreisen
Inländische Tabake von 95 $\frac{1}{2}$ an	Gummi-Traganth 175, 200, 250, 300 $\frac{1}{2}$

Gebrauchte Arbeitstische, Formen usw. billigst am Lager.  
Preise verzollt einschließlich Wertzoll per Pfund mit 3 Proz. Skonto von 10  $\frac{1}{2}$  an. — Utensilien netto Kasse. Versand nur unter Nachnahme.

## Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183

Roh-Tabak	Bedarfs-Art.
Sumatra-Decke, sehr große Auswahl hellfarb. Stückbl. à 225, 350 $\frac{1}{2}$	Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte viele moderne Fassons
hellfarbiges Vollblatt à 300, 350, 400 $\frac{1}{2}$	Pressen zu 10 Formen 8, 10, 16 $\frac{1}{2}$ A mit Rad 19 $\frac{1}{2}$ A, ganz Eisen 28 $\frac{1}{2}$ A
mittelfarbiges Vollblatt à 280, 345, 350, 400, 475, 500, 585, 600 $\frac{1}{2}$	Presskasten zu 1000 Zigarren nur 550 $\frac{1}{2}$
kleines helles Vollblatt à 190 $\frac{1}{2}$	Rollbretter 175, 200, Hirnholz 300, 350 $\frac{1}{2}$
Vorstenland-Decke à 195, 325, 375, 400 $\frac{1}{2}$	Bündelböcke, verstellbar, nur 125 u. 225 $\frac{1}{2}$
Java-Decke, große Deckkraft à 250, 300 $\frac{1}{2}$	Arbeitsmesser v. J. M. Hentfels 20, 30, 35 $\frac{1}{2}$
Java 100, 115, 120, 145, 165, 170 $\frac{1}{2}$	Laok, 8 Stangen 25 und 30 $\frac{1}{2}$
Mexiko-Deck-Ersatz à 225 $\frac{1}{2}$	Papier, Blau, ca. 40 Bogen 20 $\frac{1}{2}$ , rot 25 $\frac{1}{2}$
Brasil à 135, 145, 150, 165, 185, 200 $\frac{1}{2}$	Band, 50 Meter von 60 $\frac{1}{2}$ an
Carmen à 110, 120, 130, 135, 150, 160 $\frac{1}{2}$	Ringe ff. nur 20, 25 $\frac{1}{2}$ , mit Porzellan 45 $\frac{1}{2}$
Domingo à 110, 115, 120, 140, 145, 170 $\frac{1}{2}$	Etiketten von 35 $\frac{1}{2}$ per 100 Stück an
Yara-Cuba, großartige Qualität, 400 $\frac{1}{2}$	Gummi-Traganth à 175, 200 u. 250 $\frac{1}{2}$ p. Pf.
Havana-Blätter, feine Qualität à 185 $\frac{1}{2}$	Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Siebe stets am Lager.
Losgut garant. überseeisch, fern-100 $\frac{1}{2}$	Preise per Kasse ohne Abzug.
Uckermark à 85, 95 $\frac{1}{2}$ , la 100 $\frac{1}{2}$	Versand unter Nachnahme! — Zeitgedruckte Preise bei Tabak sind sehr billig.

### Die Expedition des Tabakarbeiter, Leipzig, Tauchaer Str. 19/21

empfehl folgende Bücher:

**Die russischen Kämpfe um Freiheit und Recht.** Von Prof. Deubner. Nur 25 Pfg., schön gebunden 1 Mk. (Porto 20 Pfg.).

**Der Erdball.** Seine Entdecker und seine Wunder. Von Dr. Braun. Mit über 400 Illustrationen und 4 farbigen Tafeln. Statt 6 Mk., nur 2.75 Mk. (Porto 50 Pfg.).

## Achtung!

# Sumatra

hell, zweite Länge Stückblatt, inkl. Wertsteuer und Zoll im Detail per Pfund 2 Mk., bei Abnahme von 50 Pfund 1.85 Mk.

## Hengfoss & Maak

Altona-Ottensen.  
Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.

## Ueberseeische Tabakrippen

kauft  
**A. F. Emde, Düsseldorf.**

**Amk. Grus** 30, 60, 90, stets da (Wuif. 9 Pfg. zu 1 Pfg. 5.00).  
Hell Dely (bedt) 30, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150, 155, 160, 165, 170, 175, 180, 185, 190, 195, 200, 205, 210, 215, 220, 225, 230, 235, 240, 245, 250, 255, 260, 265, 270, 275, 280, 285, 290, 295, 300, 305, 310, 315, 320, 325, 330, 335, 340, 345, 350, 355, 360, 365, 370, 375, 380, 385, 390, 395, 400, 405, 410, 415, 420, 425, 430, 435, 440, 445, 450, 455, 460, 465, 470, 475, 480, 485, 490, 495, 500, 505, 510, 515, 520, 525, 530, 535, 540, 545, 550, 555, 560, 565, 570, 575, 580, 585, 590, 595, 600, 605, 610, 615, 620, 625, 630, 635, 640, 645, 650, 655, 660, 665, 670, 675, 680, 685, 690, 695, 700, 705, 710, 715, 720, 725, 730, 735, 740, 745, 750, 755, 760, 765, 770, 775, 780, 785, 790, 795, 800, 805, 810, 815, 820, 825, 830, 835, 840, 845, 850, 855, 860, 865, 870, 875, 880, 885, 890, 895, 900, 905, 910, 915, 920, 925, 930, 935, 940, 945, 950, 955, 960, 965, 970, 975, 980, 985, 990, 995, 1000.

**Schöne alte Kinderreime.** Brets 15 Pfa. Volksbuchhandlung, Leipzig.

## Heinrich Bormann

Bremen, Krefelder Str. 4.

Empfehle: Sumatra-Decker, alles Vollblatt, 250, 280, 300, 325, 350, 380, 400, 425  $\frac{1}{2}$  Java u. Vorstenland-Decker 240, 260, 275  $\frac{1}{2}$  Brasil-Decker 225, 240, Umblatt u. Einlage 140, 150  $\frac{1}{2}$  Java-Umblatt und Einlage 110, 120, 130, 140, 150  $\frac{1}{2}$  Carmen 100, 110, 120, 130  $\frac{1}{2}$  Domingo 100, 110, 120  $\frac{1}{2}$  Havana-Einlage 180, 200, 275  $\frac{1}{2}$  ff. gemischte Original-Tabake, Aufarbeiter, 100, 110  $\frac{1}{2}$ .

Die Preise verstehen sich per Pfund verzollt und inklusive Wertsteuer.  
Versand nur gegen Nachnahme.

## Heilnässen!

Befreiung garantiert sofort.  
Auskunft umsonst. Alter, Geschlecht angeben. Institut „Sanitas“, Volkweg 269 (Bayern).

Unserem Kollegen **A. Baumann** und seiner Braut **H. Keller** zu ihrer Vermählung ein 3fach donnerndes Hoch!  
H. B., C. B., G. S., P. M.

Unserer langjährigen Mitarbeiterin **Ernestine Katakczak** zu ihrem am 30. Dezbr. stattfindenden 65. Weigenfest die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Mitarbeiter der Firma Ernst Alide.

Dem Kollegen und Mitbegründer unserer Zahlstelle, **Karl Thiele**, zu seinem am 27. Dezember stattfindenden 45. Geburtstag ein dreifaches Glückwünsche!  
Die Kollegen von Torgau.

## Gewerkschaftsbewegung u. Alkoholfrage.

Mit Porto 15  $\frac{1}{2}$ . Volksbuchhandlung, Leipzig, Tauchaer Str.

Unserem Kollegen **Gustav Hoffmann** nebst seiner Braut zu ihrer am 24. Dezember stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Mitglieder der Zahlstelle Ronneburg.

Unserem Kollegen und langjährigen 1. Bevollmächtigten **Joh. Guldorf** nebst Frau zu ihrer am 27. Dezember stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Kollegen der Zahlstelle Uetersen.

## Todes-Anzeigen.

### Berspätet.

Am 22. November starb nach langem, schwerem Leiden das Mitglied **Rich. Schulze** aus Ronneburg.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Kollegen der Zahlstelle Altenburg, S.-A.

Am 14. Dezember verstarb nach langem, schwerem Leiden im Alter von 36 Jahren unser Mitglied und Genossein **Frau Elise Bierwirth** an der Verußkrankheit.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr die Mitglieder der Zahlstelle Fürstenthal (Spreew.).

Am 15. Dezember verstarb plötzlich unser Mitglied, der Zigarettenarbeiter **Willibald Brennemann**, aus Berlin.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Zahlstelle Berlin.

Am 15. Dezember starb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege und altes Mitglied **Chr. Bomberg** im Alter von 50 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Zahlstelle Mühlhausen i. Th.

## Briefkasten.

H. B., Lunzenau, 50 Pfg. — Koll., Ronneburg, 60 Pfg. — Koll., Uetersen, 60 Pfg. — Koll., Birke, 60 Pfg.